

Kaukasische Post

Er scheint jeden Sonntag

Preis der Einzelnummer in Tiflis 10 Kop., auswärts 12 Kop.

Bezugspreis in Tiflis: 5 Rub. jährl., 2 Rub. 50 Kop. halbjährl., 1 Rub. 25 Kop. vierteljährl. Mit Zustellung durch die Post: 6 Rub. jährl., 3 Rub. halbjährl., 1 Rub. 50 Kop. vierteljährl.

Anzeigen: Die Zeile oder deren Raum kostet: vor dem Text 20 Kop; hinter demselben, d. h. im Anzeigenteile 10 Kop. Bei Wiederholung wird Rabatt gewährt.

Annahme von Bezugsgeldern u. Anzeigen: Tiflis, in der Redaktion.

Von Bezugsgeldern außerdem:

1. v. Bobyleff, Lampenhandlung am Alexandergarten.

2. Auffermannsche Niederlage, bei Herrn Schröder Sandstraße.

Wladislawas, bei Frau Elisabeth Seidel, Apothekerwarenhandlung d. Herrn G. Seidel.

Baku, bei Herrn Karl Mader.

Die Redaktion befindet sich Golowinsky Prosp.

N^o 12, Haus Mdiwani, im Hofe.

Sprechstunde der Redaktion täglich von:

6—7 Abends.

Anzeigen von Privatpersonen, Firmen und Anstalten, von allen Orten des Auslandes oder des Russischen Reiches mit Ausnahme des Kaukasus, welche dort ansässig sind oder ihre Kontore oder Verwaltungen haben, werden ausschließlich entgegen genommen im Zentralannoncenbureau des Handelshauses L. & C. Mehl & Co. in Moskau, Mjasnikaja, Haus Sitow und in seinen Filialen: in St. Petersburg, Morskaja 11., Warschau, Krakauer Vorstadt 53, Paris Place de la Bourse 8., Berlin, Fasanenstraße 72/73.

N^o 32.

Sonntag, den 21. Januar (3. Februar) 1907.

1. Jahrgang.

Inhalt: 1. Leitartikel; (Zur Gründung einer Mittelschule in Tiflis). 2. Politische Rundschau; (Inland u. Ausland). 3. Nachrichten aus dem Kaukasus; 4. Zur Einführung der Muttersprache als Unterrichtssprache in unseren Kolonien; 5. Aus aller Welt; 6. Kirchliche Nachrichten; 7. Lustige Ecke; 8. Briefkasten der Redaktion.

Das Abonnement

auf die

„KAUKASISCHE POST“

für das Jahr 1907 ist eröffnet.

Die „KAUKASISCHE POST“ ist die einzige in Südostrussland erscheinende deutsche Zeitung und das vermittelnde Organ für die im Kaukasus lebenden Deutschen, welche hiermit zum Bezug derselben eingeladen werden.

Bestellungen nehmen entgegen:

in Tiflis: in der Redaktion, Golowinsky-Prospekt, Haus Mdiwani. Schröder, Auffermannsche Niederlage auf dem Sande. B. Bobyleff am Alexandergarten.

in Baku: Karl Mader, F. Laudenbach, Ditjattower Papierhandlung.

in Noworossysk: in der Buchhandlung „Djelo“, Serebrjakowstraße, im Andrejewischen Hause.

in Nikolawka bei Chassaw-Zurt: Gebr. Löws, Buchhandlung. in Chassaw-Zurt: L. Holzke.

Der Bezugspreis beträgt in Tiflis

für 1 Monat R. — K. 50. || für 6 Monate R. 2 K. 50.

„ 2 „ „ 1 „ — || „ 12 „ „ 5 „ —

„ 3 „ „ 1 „ 25. || „ 12 „ „ 5 „ —

Auswärtige zahlen außerdem für jedes Vierteljahr 25 Kopelen Postporto.

KLINIK für Zahn- und Mundkrankheiten

bei der zahnärztlichen Schule

der Doctoren Nestonow und Sifejew.

Tiflis, Michailowsky Prosp., 126, Ecke der Krylowskaja.

Empfang der Kranken täglich von 9—3 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr., Konsultation und Zahnziehen 20 Kop., Plomben von 50 Kop. bis 1 Rub. Künstliche Zähne auf Kautschukplatten 1 Rub. pro Zahn. Andere Operationen nach Uebereinkunft. 40—21

Dr. Leon Ogandschanoff

(spricht auch deutsch).

Spezial-Arzt für Syphilis, Harn-, Blase-, Haut- und venerische Krankheiten.

Sprechst. Vorm. 9—11; Nachm. 6—8. Sprechst. für Damen u. Kinder 11—12. Kadetten-Str. 2. (Ecke des Golowinski-Prospekt). 0—21

Gesucht für sofort

junger Mann nicht unter 18 Jahren, deutscher Nationalität, wenn möglich militärfrei, der deutschen und russischen Sprache in Wort und Schrift mächtig

als Kontorist

für größeres Kontor in Helenendorf bei Elisabetpol.

Selbstangefertigtes Anmelde-schreiben mit Angabe des Bildungsganges, resp. des Lebenslaufs, und der Gehaltsansprüche, sowie Abschriften der Zeugnisse wolle man adressieren: „Кол. Еленендорфъ, Елисаветпольской губернии, предьявителю 3-хъ-рублеваго кредитнаго билета 1898 года № Г П 685245. До востребованія“.

3—3

Um Störungen in der Zustellung der Zeitung zu vermeiden werden unsere geehrten Abonnenten ersucht, den Bezug recht bald zu erneuern.

Zur Gründung einer deutschen Mittelschule in Tiflis*).

Wir haben in der vorigen Nummer auf die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller Deutschen im Reich zur gemeinsamen Lösung ihrer nationalen kulturellen Aufgaben hingewiesen. Dabei haben wir namentlich die Erhaltung unserer Muttersprache in der Familie und in der Schule als das oberste Ziel unserer Wünsche und Bestrebungen bezeichnet, weil mit ihr unsere Eigenart steht oder fällt. Letztere halten wir für gut, andernfalls müßten wir uns ja selbst gering schätzen und täten besser daran, uns vom deutschen Stamme zu trennen, um Überläufer eines fremden Volks zu werden und mit ihm zu verschmelzen. Wir sind glücklich, daß wir deutsch geblieben sind, trotzdem wir bald ein Jahrhundert lang unter Georgiern, Armeniern, Tataren und wie sie sonst alle heißen mögen, die zahlreichen Völkerschaften, welche den Kaukasus bewohnen, leben; dieses Glück auch auf unsere Kinder und Kindeskinde zu vererben, ist unsere heiligste Pflicht, denn unsere Eigenart bildet das sicherste Bollwerk gegen die Flut der unzähligen die bestehende Gesellschaftsordnung unterspülenden Ideen, wie sie von weit her aus von uns unbekanntem Gebieten heranzweht und alles niederzureißen droht, was sich ihr hemmend in den Weg stellt. Die Schule muß unsere Schule sein, unsere deutsche Schule, unsere gutgeartete deutsche Schule, denn nur in ihr kann der deutsche Sinn unseren Kindern gewahrt bleiben, uns zur Freude, dem Vaterlande zum Segen. Der russische Bürger deutscher Zunge ist für einen sinnlosen Umsturz nicht zu haben, er ist kein Revolutionär, denn er ist ein Mann des Gesetzes und der Ordnung; er ist für den gesunden Fortschritt; er steht für die Evolution, denn sein wohlgeordnetes Gehirn kann nicht anders als folgerichtig denken; eine Entwicklung, die sich in Sprüngen vollzieht, ist ihm daher unverständlich; sie erscheint ihm widersinnig. So haben wir's immer gehalten, so sollen es auch unsere Kinder halten! Ja, wir brauchen eine deutsche Schule, damit wir in ihr unsere deutsche Eigenart bewahren können, unsere deutsche Familie, unseren deutschen Stamm. Wir bedürfen einer deutschen Mittelschule, gleichviel welchen Typus sie auch aufweist, in welcher deutscher Geist, der Geist der Gesetzmäßigkeit und der Ordnung herrscht. Wer an dieser Notwendigkeit heute noch zweifelt, der vergegenwärtige sich doch nur die Zustände, welche zurzeit in den Mittelschulen des Reichs und nicht zum wenigsten auch bei uns im Kaukasus herrschen. Um nicht in den Verdacht zu kom-

*) Vergl. hierzu in Nr. 28 „Nachrichten aus dem Kaukasus“.

men, als wollten wir durch Übertreibung die Zögernden für unsere Ansicht gewinnen, lassen wir den Gewährsmann eines anderen deutschrussischen Blattes, der „Riga'schen Rundschau“, eines im Verhältnis zu den übrigen baltischen Zeitungen durchaus liberal zu nennenden Presseorgans, reden:

„Ich habe in diesen Tagen Gelegenheit gehabt, mit einer Anzahl Lehrer zu sprechen, die aus dem Innern des Reiches nach Petersburg gekommen sind, um an zuständiger Stelle über Verhältnisse zu berichten, die unglaublich erscheinen würden, wenn sie nicht von einwandfreien Leuten verbürgt werden würden. Unter dem Einflusse der freiheitlichen Bewegung, namentlich aber der burlesken Verhältnisse an den Hochschulen, hat sich eine vollständige Umwälzung in den sittlichen Anschauungen der Schüler vollzogen. Was früher als verwerflich und schmähschalt galt, ist heute Tugend und Heldentat. Man braucht nur die Schüler auf den Straßen zu beobachten, um den Geist zu erfassen, der sie beseelt. Lärmende, freche Lummel in Schüleruniformen drängen sich rücksichtslos durch die Menge; sie spreizen sich mit läppischer Flottheit, tragen ostentativ rote Hemden zur Schau; die Gymnasiasten- oder Realistenmütze auf brammtweingeheiztem Kopf ist eine gewöhnliche Erscheinung geworden im Nachtleben der Straßen. Ein gewiß noch traurigeres Bild bieten die kleinen Schulkinder, die zu heimlichen Zusammenkünften verschleppt werden und dort geistig und körperlich den reiferen „Genossen“ zum Opfer fallen. Die Aufschriften von Schülern, zu deren Abdruck sich manche Zeitungen hergeben, reden eine traurige Sprache von der Verkommenheit einer Schuljugend, die in ihren zerstörenden Bestrebungen im Elternhause Unterstützung findet. Es ist dazu gekommen, daß die Schüler die Herren der Schule geworden sind und ernste, im Leben gereifte Männer mit der ganzen Niedertracht der „bewußten“ Elemente zum Spielball ihrer kindischen Launen oder ihrer unreifen Rache machen. Es ist soweit gekommen, daß Streber unter der Lehrerschaft um die Gunst grüner Bengel buhlen, indem sie ihnen stets glänzende Nummern stellen und sich mit den „führenden Geistern der Klasse“ auf einen guten Fuß zu stellen suchen. Die Lehrer aber, die sich ihrer Würde und Aufgabe bewußt sind, führen ein wahrhaft beklagenswertes Dasein, das einer geistigen Tortur ohne Ende gleichkommt. Der Lehrer, der sich am Morgen in die Schule begibt, um „unschuldige“ Kinder zu lehren, weiß nicht, ob er nicht beschimpft oder an Leben und Gesundheit geschädigt werden wird. In den großen Zentren herrscht freilich äußerliche Ruhe, aber in den Schulen der Provinz vollzieht sich ein wahrer Herrensabbath. Lehrer aus dem Kaukasus erzählen von Vorgängen, bei denen Dolche und Revolver in



Schulen eine hervorragende Rolle spielten. Die Zuchtlosigkeit der Schüler und Schülerinnen übersteigt alle Grenzen. Die Lehrer haben in den Schulen eigentlich gar nichts mehr zu sagen, sondern nur darauf zu achten, daß sie nicht die Unzufriedenheit der Schüler erregen. Wehe ihnen, wenn das geschieht! Ihr Loos ist der Boykott, der mit aller Herzlosigkeit inszeniert wird, deren die Jugend fähig ist. Ist es soweit gekommen, dann ist der Lehrer in der betreffenden Stadt verloren, denn seine direkte „Ratschaltwo“ wird sich hüten, ihn in Schutz zu nehmen, sondern man wird ihm seine „Taktlosigkeit in schwieriger Zeit“ vorwerfen und ihn nach unendlicher Quälerei in eine andere Stadt versetzen, wohin ihm aber in den meisten Fällen der Boykott nachfolgt. Ganz abgesehen hiervon, kann es gewiß nicht zum Ansehen des Lehrerstandes beitragen, wenn ein Lehrer vor seinen Schülern das Hasenpanier ergreifen muß. Männer, die auf ihre Würde halten, werden sich nicht zum Werkzeug kindischer Launen und bureaukratischer Verkehrtheit hergeben, sondern sie werden lieber den Dienst quittieren und den Kampf mit Verhältnissen aufgeben, die an ein Tollhaus erinnern. Die Flucht aus der Schule nimmt immer mehr zu; dabei sind es gerade die besten und fähigsten Lehrer, die der Schule den Rücken wenden. Was soll schließlich unter diesen Umständen aus der Mittelschule werden?“

Ja, wir brauchen unbedingt eine deutsche Mittelschule, wir müssen sie bald bekommen, so bald es nur irgend angängig ist. Unseren Kindern, welche genötigt sind, die allgemein-staatlichen Mittelschulen zu besuchen, droht ernste Gefahr. Sehen wir zu, daß sie nicht Schaden nehmen an ihren Seelen! Beeilen wir uns, ehe es vielleicht zu spät wird! Die erforderlichen Geldmittel müssen sich finden, und sollten wir sogar gezwungen sein, sie uns am Munde abzuspüren. Unserer Kinder Seelenheil muß uns über alles gehen! Viele unter uns haben mehr, als sie zum Leben benötigen; sie vor allen müssen ihren Säckel öffnen! Tretet ihnen nur mit Nachdruck entgegen, laßt alle Euch zu Gebote stehenden sittlichen Mittel wirken; erklärt ihnen den Boykott, wenn es anders nicht gehen will, aber zwingt sie dazu, daß sie endlich einmal zu wahrhaft hochherzigen „Gömern“ werden, mit welchem Namen sie sich schon seit langem fälschlicherweise bezeichnen lassen. Wir wiederholen es, das erforderliche Geld muß beschafft werden; wir müssen eine deutsche Mittelschule bekommen; sonst wehe über unsere heranwachsende Jugend! In Stadt und Land sollte man es sonntäglich von den Kanzeln herab den Gemeinden in's Gewissen reden: „Gebet Geld zur Gründung einer deutschen Mittelschule in Tiflis!“ Ja, auch die Kolonien sollten erhalten. Denn ist heute der Bildungsstand

in ihnen auch noch verhältnismäßig gering, so wird doch schon die allernächste Zukunft sie dessen belehren, daß ein umfangreicheres Wissen nötig ist, um den Anforderungen einer neuen Zeit gerecht zu werden. Eine Mittelschule werden auch sie bald brauchen. Daß Tiflis als der geeignetste Ort hierzu erscheint, diese Annahme dürfte wohl kaum von jemand bestritten werden.

Darum fort mit aller Körperlei und dem ewigen „Wenn“ und „Aber“; tragt alle die Steine herzu zum stolzen deutschen Bau; die Zukunft Eurer Kinder wollen wir in ihm sicher stellen, sie soll Euch den köstlichsten Lohn bedeuten für alle Opfer, welche zu bringen Ihr Euch heute genötigt seht!

Politische Rundschau.

Inland.

Zur äußeren Lage. Der „Rig. Rundschau“ geht aus Paris ein Drahtbericht zu, laut welchem der frühere französische Gesandte in Tokio, Armand, zu den russisch-japanischen Unterhandlungen geäußert haben soll, daß die Frage der Schiffahrt auf dem Sjungari für die Interessen Rußlands von größter Wichtigkeit sei, da sie die Erhaltung des russischen Einflusses im fernen Osten und den nationalen Schutz betreffe. Rußland müsse in Anbetracht der nationalen Eigenschaften der Japaner streng abwägen, wie weit ein Eindringen der japanischen Bevölkerung in das Reich zulässig sei. Nach der Meinung Armands werden die Unterhandlungen zu einer Einigung führen. Die Japaner wünschen aufrichtig Freundschaft und Annäherung an Rußland, die zustande kommen und die Basis zu einem Bündnis geben wird, dem sich auch andere Staaten anschließen werden. — Das genannte Blatt bemerkt hierzu, dieser französische Gedanke sei „verflucht gescheidt“, da er die Einkesselung Deutschlands so gut wie vollenden würde. Ob es tatsächlich zu einem solchen Bündnis zwischen Rußland, Frankreich, England und Japan kommen wird, ist die Frage, aber ausgeschlossen ist die Möglichkeit eines solchen keineswegs. Vorläufig sehen wir nur, daß die Japaner für Rechnung Rußlands Geschäfte machen. So weiß die „Nowoje Wremja“ über Erfolge der Japaner im südlichen Teil von Sachalin, der sich seit dem Friedensschluß in ihrem Besitz befindet, zu berichten, die sie zu folgender Bemerkung veranlassen: „Unwillkürlich drängt sich der Vergleich der Tätigkeit der Japaner mit der Tätigkeit unserer Bureaukraten auf, die im Laufe von Jahrzehnten es fertiggebracht haben, das gesegnete Land in ein Gebiet für ausgewiesene Verbrecher zu verwandeln, in ein Land, an das man bei uns nur mit unwillkürlichem Schaudern denken konnte. Neid und Bewunderung erfährt einen angesichts der Tätigkeit der Japaner, besonders im Vergleich zur Arbeit unserer Faultiere (тихоходы) von Administratoren“. — Die Zahl der Japaner in Süd-Sachalin beträgt schon etwa 15,000. In Korsakowst gibt es mehr als 600 Häuser, eine Schule mit einer Abteilung für höhere Kurse, eine Post, einen Telegraphen. Von Korsakowst nach Wladimirowka führt eine Bahn, und es werden für eine Bahn von Wladimirowka nach Mauka Tracie-

rungen vorgenommen. Für den geplanten Bahnbau sind 270,000 Yen angewiesen. Im verflossenen Jahr hat die japanische Regierung schon eine Einnahme von den Fischereien in folgenden Beträgen erzielt: für 108 japanische Fischereistellen, die ohne Ausbot vergeben wurden, 62,289 Yen, für 112 Stellen, die mit Ausbot vergeben wurden, 480,045 Yen, insgesamt also im ersten Jahre 542,335 Yen (ein Yen = einem Rubel). Auch die Geschäfte Englands blühen a conto Rußlands. Dem Emir von Afghanistan scheint es in Indien nicht übel gefallen zu haben. Die Engländer reiben sich darob vor Freude die Hände. Ein Drahtbericht besagt, der Emir habe vor seiner Abreise von Agra (Stadt in der Präsidentschaft Bengalen) dem Vizekönig einen besonderen Privatabschiedsbesuch gemacht und ihm seine außerordentliche Befriedigung über den Verlauf seines Besuches ausgesprochen. In amtlichen Kreisen betrachtet man den Verlauf des Besuches als einen ausgesprochenen Erfolg der englischen Diplomatie. Das glauben wir dem Berichtersteller gern. (Vgl. hierzu „Inland“ in Nr. 31 der „Kauf. Post“).

Zur innern Lage. — Das schon in der vorigen Nummer erwähnte Allerhöchste Reskript an den Premierminister, der eine Billigung der Tätigkeit Stolypins in Bausch und Bogen enthält, veranlaßt die „Strana“ zu folgenden Auslassungen (nach dem Referat der „Pet. Zeit.“): „Als der allerschickteste Schritt des Ministeriums der Dumaauflösung ist anzusehen, daß es am Vorabend der Wahlen und des Zusammentritts der Duma verstanden hat, sich von der Verantwortung für alles, was es in der dumalosen Zeit begangen hat, zu befreien, indem es das als genaue Erfüllung des kaiserlichen Willens darstellt. Im Allerhöchsten Reskript ist gesagt, daß der Kaiser selbst dem Ministeriat die Wiederherstellung der durch die Revolution gestörten öffentlichen Ordnung als Ziel gesetzt hat und ebenso die Durchführung gesetzgeberischer Maßnahmen nach den Hinweisen des Monarchen, die die dringendste Not des Volkes befriedigen sollen, wobei er, der Herrscher, es für nötig befunden hat, einige dieser Maßnahmen in Anbetracht dieser ihrer Dringlichkeit unmittelbar auf Grund des Art. 87 der Grundgesetze in Kraft treten zu lassen. Auf diese Weise wird gleich einem Dunst die bloße Vorstellung zerstreut, als habe das Rußland des neuen Kurses ein vor Gericht verantwortliches Ministerium“. — Auch sonst läßt Stolypin keine Gelegenheit vorübergehen, um sein Tun und Unterlassen in die bestmögliche Beleuchtung zu rücken. So berichtet der Petersburger „Times“-Korrespondent von einer Unterredung, die er mit einem Mitgliede unseres Ministeriats gehabt hat. Er läßt durchblicken, daß der Befragte Stolypin selbst gewesen ist. Der Premierminister erklärte danach also (nach einem Referat der „Mosk. Zeit.“): Die Wahlen würden ohne jede Beeinflussung von oben stattfinden, ganz wie in anderen konstitutionellen Ländern. Es sei lächerlich zu behaupten, daß der Verband des russischen Volks den besonderen Schutz der Regierung genieße; dieser Verband sei nichts anderes als eine Frucht des Terrors, seine verkümmerten Äußerungen sind zu schwach, um für gefährlich gehalten zu werden. Zum Schluß sagte der Minister, er hoffe, daß es ihm gelingen werde, mit Hilfe der Reichsduma das bureaukratische Regime zu beseitigen. Dies sei der feste Wunsch des Herrschers. Von der Reichstuma erwarte das Ministerium die Bereitwilligkeit zur Mitar-

beit. Doch müsse auch die Reichsduma die Minister anhören wollen. Die Gegner der Regierung seien bestrebt, den Glauben zu erwecken, daß die Regierung auch die zweite Reichsduma auflösen wolle; doch das ist nicht wahr und muß aufs entschiedenste widerlegt werden. — Diese „Aufrichtigkeit“ des Ministerpräsidenten veranlaßt die „Russkija Wjedomosti“ zu einigen recht beschaulichen Betrachtungen. Diefen zufolge entspräche die Wirklichkeit durchaus nicht den Auslassungen Stolypins. Noch vor der Auflösung der Duma, fast am Vorabend derselben, habe Stolypin in seiner Eigenschaft als Minister des Innern an den Präsidenten Mironow ein Schreiben gerichtet, in welchem er eine Erklärung seinerseits ankündigte, die in einer der nächsten Sitzungen der Duma erfolgen sollte und aus welchem unzweideutig die Versicherung herauszulesen gewesen wäre, daß alle Gerüchte über die bevorstehende Auflösung der Duma auf Erfindung beruhten. Dennoch sei diese zur Tatsache geworden. Stolypin hätte ferner unaufhörlich von Reformen, Beruhigung des Landes, Konstitution usw. gesprochen; in der Tat erblickten wir jedoch lediglich Repressionen, Anzettelung von gegenseitigem Haß unter der Bevölkerung, Absolutismus usw. Man höre die Regierung die Bestrebungen des Verbandes des russischen Volkes verurteilen, d. h. in Worten, indeß die Wirksamkeit desselben seitens jener, durch verschiedene Begünstigungen aufs entschiedenste unterstützt werde, in dem z. B. örtliche Beamte an den Aufzügen des Verbandes direkt teilnehmen, wie aus den Telegrammen der Pet. Tel. Agentur sogar, die aus Jalta kommen, ersichtlich ist. Der Verband aber strebe nichts mehr und nichts weniger als einen Staatsstreich an (Aufhebung des Manifests vom 17. Oktober) und greife dabei zu den unlautersten Mitteln: Mordanschlägen und Pogromen. Wie käme auch die Pet. Tel. Agentur darauf, die Erfolge des Verbandes so breitzutreten und von Sympathien zu reden, denen dieselben im Volke immer mehr und mehr begegneten, wenn sie nicht diesbezüglich instruiert worden wäre, zumal ihr halbamtlicher Charakter jedermann zur Genüge bekannt sei. Die Worte unseres Premiers seien eben nur fürs Ausland bestimmt, die Taten dagegen für Rußland berechnet! — So ganz unrecht scheint die „Strana“ mit ihren Behauptungen nun nicht zu haben. Wir sehen, daß der dirigierende Senat fortfährt, das Wahlgesetz durch weitere „Erklärungen“ (Sitzung vom 10. Januar) einzuschränken; ein Drahtbericht übermittelt deren ganze 8 (!), auf die wir aber nicht weiter eingehen wollen, da es uns zu weit führen würde. Die Feldgerichte arbeiten mit demselben Eifer, wie zuvor. Die „Birsh. Wjedomosti“ veröffentlichen statistische Angaben über deren Tätigkeit. Nach diesen sollen vom 29. August (dem ersten Tage, an welchem die Feldgerichte zu funktionieren begannen) bis zum 31. Dezember vorigen Jahres, also im Laufe von nicht mehr als 4 Monaten, 600 Todesurteile durch Feldgerichtspruch vollzogen worden sein! — Aus Moskau wird mitgeteilt, die monarchistischen Parteien trügen sich mit der Absicht, ebenso wie in Petersburg (siehe „Inland“ in Nr. 29 der „Kauf. Post.“ eine öffentliche Fahnenweihe vorzunehmen. Der Plan soll abermals vom Priester Johann von Kronstadt ausgehen. — Aus Petersburg berichtet der Draht über eine Pensionsentziehung, die berechtigtes Aufsehen erregt. Es soll nämlich, der „Strana“ zufolge, dem früheren Direktor des Polizei-Departements Wirkl.



Staatsrat Lopuchin, die Pension entzogen worden sein. Wie erinnerlich, veröffentlichte Lopuchin nach seiner Verabschiedung einen Bericht, der die schweren Anklagen des Deputierten Fürsten Urussow über die Organisation der Pogroms durch das Petersburger Polizeidepartement vollaus bestätigte. — Auch der Generalkontrollleur Walter, dem, wie die „Russkoje Sslowo“ meldet, der Vorwurf gemacht wird, der oppositionellen Presse Mitteilungen über die Lieferungssache Lidwal-Gurko gemacht zu haben, wird daran glauben müssen, daß allzugroße Offenherzigkeit nicht immer angebracht ist. Der Chef der Reichskontrolle, v. Schwanebach, soll nämlich eine Spezialkommission mit der Untersuchung der Tätigkeit Walters betraut haben, die wohl kaum mit einem freisprechenden Urteil für letzteren abschließen dürfte.

In der erwähnten Gurko-Lidwal'schen Angelegenheit ist dieser Tage endlich doch das Ergebnis der beinahe 1½ Monate währenden Untersuchung durch die Kommission Golubew veröffentlicht worden. Letztere scheint dem hohen Würdenträger die nötige Schonung nicht vorenthalten zu haben. Die Anklage klingt recht umschrieben. Der Bericht sagt nämlich: Der Vertrag mit Lidwal ist vom Ministergehilfen bestätigt worden, ohne daß er die für ihn verbindlichen Maßnahmen getroffen hätte, um dem Wortlaut des Vertrages diejenige klare, bestimmte Fassung zu geben, die erforderlich war zur Sicherstellung der rechtzeitigen Lieferung des Getreides und zur Bewahrung der Reichsrentei vor dem Verlust des Lidwal ausgefolgten Vorschusses (800 tausend Rubel!). Betreffend den zweiten Hauptschuldigen, den Chef der Landschaftsabteilung Litwinow, heißt es im Bericht: er habe den Befehl des Ministergehilfen, in Erfahrung zu bringen, ob Lidwal nach Nischni-Nowgorod Getreide geliefert habe, und wie die Lieferung erfolgt sei, nicht in gehöriger Weise ausgeführt und dem Ministergehilfen den Stand der Sache in unvollständiger Form dargelegt. — Nachdem der Bericht am 2. Januar dem Kaiser unterbreitet worden, geruhte Seine Majestät zu verfügen, daß der Bericht dem 1. Departement des Reichsrats überwiesen werde, behufs der Gerichtsübergabe des Ministergehilfen Gurko und des Wirkl. Staatsrats Litwinow. — Ferner ist Allerhöchst befohlen worden, daß auch gegen die Gouvernementsverwaltung von Nischni-Nowgorod (Gouverneur Bar. Fredrikcz) wegen der Verträge über Roggenlieferung, die seinerzeit gleichfalls mit Lidwal geschlossen worden, gesehlich vorgegangen werde, indem die Sache zunächst dem Dirigierenden Senat zur Prüfung und Beschlußfassung zu übergeben ist. — Am 9. Januar begann im 1. Departement des Reichsrats die Verhandlung der Angelegenheit Gurkos, die auf Grund der bestehenden Gesetzbestimmungen in besonderer Beratung erfolgt. Falls die Umstände die Vornahme einer Voruntersuchung erheischen, so wird auf Allerhöchsten Befehl einer der Senatoren des Kassationsdepartaments damit betraut, während die Obliegenheiten des Prokureurs der Justizminister versteht. Das abgeschlossene Untersuchungsverfahren geht mit dem Gutachten des Justizministers an dasselbe erste Departement des Reichsrats zur Einleitung der weiteren Schritte in der Angelegenheit (nach der „Mosk. Zeit.“). Der Reichsrat verfügte: Gurko und Litwinow aufzufordern, innerhalb einer Frist von 7 Tagen

ihre Erklärungen in Sachen der gegen sie erhobenen Anklage vorzustellen. Der Beschluß des Reichsrats, die beiden genannten Personen vor Gericht zu stellen, kann nicht vor Durchsicht jener Erklärungen erfolgen. — Lidwal macht sich rar. Der Vorladung vor die Kommission Golubew hatte er nicht Folge geleistet, allerhand kommerzielle Erwägungen vorschützend. Das Ministerium des Innern hat dann auch zum 1. Januar den Kontrakt mit der Firma Lidwal für als von dieser gebrochen erklärt. Wie viel Lidwal von den 10 Millionen Rub, die er zu liefern hatte, tatsächlich geliefert hat, läßt sich nicht so ohne weiteres feststellen, da sich in dieser Hinsicht der obenerwähnte Bericht der Kommission Golubew und der letzte „Überblick“ des Ministeriums des Innern über die Verpflegungskampagne widersprechen. Nach letzterem soll Lidwal bis zum 20. Nov. v. J. nur 215 tausend Rub, nach ersterem aber bis zum 15. Dezember 915 tausend Rub geliefert haben und nicht zu verstehen ist, weshalb der ministerielle „Überblick“, welcher doch erst am 29. Dezember veröffentlicht worden ist, die scheinbar nachgelieferten 664 tausend Rub unerwähnt läßt, während der Kommission Golubew die erforderlichen Daten bis Mitte Dezember zur Verfügung gestanden zu haben scheinen. Tatsächlich soll Lidwal nur 580 tausend Rub geliefert haben und somit verpflichtet sein, von dem ihm vorgeschossenen Gelde 530 tausend Rub. zurückzuerstatten. Es genügt zu wissen, daß Lidwal in Rußland keine Liegenschaften besitzt und auch sonst verhältnismäßig unbemittelt ist, um sich sagen zu können, daß dieses Geld für den Staatsäckel so gut wie verloren gegangen ist.

Das Ministerium des Innern ist nun allerdings dabei, den Hungernden Hilfe zuleisten, ob es mit seinen Maßregeln nicht aber auch unter den durch das Ausscheiden Gurkos aus dem Verpflegungskomitee veränderten Verhältnissen einen Posttag zu spät kommen wird, ist noch sehr die Frage. Jedenfalls hat es zur Verstärkung der Mittel zum Ankauf von Getreide beim Ministerrat einen Ergänzungskredit von 71 Millionen Rub. beantragt; und zum Kampf gegen Infektionskrankheiten in den von der Missernte betroffenen Gouvernements weitere 1½ Mill. Rub. erbeten. Auf diese Vorstellung verfügte der Ministerrat, zum Ankauf von Getreide 10 Millionen Rub. abzulassen, d. h. vorläufig. Die Maßnahmen gegen die Hungersnot bilden den Gegenstand einer Regierungsmitteilung, die aber bis hinauf zur „Now. Wremja“ fast gar keine Anerkennung findet. Ihr wird allgemein Mangel an Klarheit vorgeworfen. Die „Now. Wr.“ behauptet, „daß die Regierung einen schweren Fehler begangen habe, als sie seinerzeit das Verpflegungs-wesen den Landschaften entzog und es in eigene Regie nahm. Der ganze bürokratische Apparat sei zu solchen Operationen völlig ungeeignet.“

Im Anschluß an diese Regierungsmitteilung werden von mehreren Blättern die immer zahlreicher einlaufenden Meldungen von der Verschärfung der Hungersnot und der Zunahme der Krankheiten (Typhus und Skorbut) in diesen Gebieten besprochen. So schreibt die „Odesser Zeitung:“ „Mitte Dezember hat sich die Hungersnot besonders stark in den Gouvernements Sfaratow, Samara und Sibirsk fühlbar gemacht. Aber auch die Gouvernements Kasan, Njasan, Nischni-Nowgorod, Wjatka und Drenburg gehören nach offiziellen Ermittlungen zu den am schwersten vom Notstand heimgesuchten Ge-

bieten. Aus der Fülle erschütternder Nachrichten, ergreifenden Schilderungen über das herzzerreißende Notgeschrei der Bevölkerung—seien, als Beispiel, nur einige herausgegriffen.—Im Kusnezker Kreise (Gouv. Sfaratow) ist die Dorfbevölkerung, besonders in den Ortschaften, wo viele Kornriegeln niedergebrannt sind, darauf angewiesen, nur über einen Tag zu speisen. Die Kornpreise gehen schnell in die Höhe. Die Bevölkerung des Kusnezker Kreises eilt fluchtartig hinaus, um anderswo—in Baku, Sphysran, in Sibirien—Erwerb zu suchen. Im Sfaratowschen Kreise sind $\frac{3}{4}$ aller Bauern außerstande, Saatkorn für das Frühjahr zu erübrigen; ebenso im Chwalynsker Kreise; im Balaschowschen haben zahlreiche Bauern, schon Mitte Dezember ihr letztes Vieh verkaufen müssen. Die Viehfutterpreise erreichen eine erschreckende Höhe. Im Atkarster Kreise haben von je 100 Bauern nur 15 noch Getreidevorräte. Sogar in den Städten, in Nikolajewsk, Chwalynsk, Balaschow macht sich der Notstand bemerkbar. In Balaschow hungern etwa 5000 Bewohner; ganze Familien sind dort dem Hungertode nahe. Im Swiaschsker Kreise (Gouv. Kasau) nährt sich die Bevölkerung meist nur von dem bekannten „Hungerbrot“, das zu $\frac{3}{4}$ aus Melde und Eicheln besteht.—Hungernachrichten liegen auch aus den Gouvernements Wjatka (Solinsk), Nishni-Nowgorod (Sfergatsch) und auch aus dem Gouvernement Woronesh vor, wo, im Sadonsker Kreise, zu dem Hungereleid auch noch Mangel an Heizmaterial bei der Kälte hinzu kommt. Die Bauern haben schon die Latten der Zäune verheizt und beginnen jetzt die Bäume in ihren Gärten, sogar die Obstbäume als Brennholz zu verwenden. Damit geht ihnen aber wieder eine Einnahmequelle verloren.—Eine weitere Erscheinung der Hungersnot sind die massenweisen Typhuserkrankungen. Die Ziffern der Erkrankungen erreichen eine erschreckende Höhe. So wird aus dem Kreise Tschistopol (Gouv. Kasan) unter anderem geschrieben: „In einigen Häusern des Dorfes Isljaikina liegt die ganze Familie an Unterleibstypus danieder, in einigen die Mutter mit allen Kindern. Solcher Häuser gibt es im Dorfe etwa fünfzig. Ärztliche Hilfe ist gar nicht vorhanden. In einigen Fällen äußert sich der Typhus in sehr schwerer Form.“ Das schreibt ein Landhauptmann; von einer Uebertreibung der Notlage kann also nicht die Rede sein. Ein anderer Bericht meldet: „Im Dorfe Staraja Romaschkinskaja herrscht in 100 von 238 Häusern der Unterleibstypus. Vier Kinder eines Bauern dieses Dorfes bleiben drei Tage lang ohne Nahrung. Der Vater war in die Stadt gegangen, um Brot zu schaffen. Das ist aber sehr schwer. Und die Kinder blieben zu Hause und hungerten. Mit Mühe gelang es der Mutter der Kinder schließlich, von einem reichen Bauern einen Brotlaib für ihre Kinder—zu borgen... Nach Ermittlung der allgemeinen Landschaftsorganisation beträgt die Zahl der Hungernden im Gouvernement Kasan 90.000! Das sind nur zufällig aus den Schilderungen über das Elend der Hungersnot herausgegriffene kurze Berichte und Szenen, die auf Vollständigkeit, auf umfassende Darstellung des unermesslichen Notstandes im Reich natürlich nicht Anspruch erheben—im Winter. Was wird der Januar, Februar, März bringen? Welcher Zukunft sieht die hunderleidende Bevölkerung Russlands entgegen? Sofortige Hilfe tut not, Hilfe eines jeden einzelnen, und sei es auch nur mit einem geringen Geldbeitrag. Der Notschrei der hungernden Familien tönt von Tag zu Tag lauter zu uns herüber!“—Soweit die „Odesser Zeitung. Recht bitter bemerkt die „Sslowo“ zu

diesem Thema (nach der Wiedergabe in der „Rig. Rundschau“), daß es „um die Hilfeleistung in den Hungersnotgebieten viel besser stände, wenn nicht von der Bureaukratie jeder freiwilligen Hilfeleistung Hindernisse in den Weg gelegt würden, um nur ja nicht zugleich mit dem Brod auch die verhassten „Ideen“ ins Dorf gelangen zu lassen.“ Die Ansicht dieser engherzigen Bureaukraten faßt das Blatt in den Satz zusammen: Lieber Hungertyphus, als „diese Ideen“,—und fordert dann auf, in dieser rein humanitären Frage doch endlich die Politik aus dem Spiel zu lassen.—Hierzu die betrübende, nicht genug zu beklagende Tatsache, daß das von der Krone gelieferte Saatgetreide nicht immer tauglich ist. So berichtet der Draht, daß von der Kommission in Samara 431 tausend Pud Saatweizen als verdorben und durchgewachsen zurückgewiesen worden sind.

Eine Besprechung des Budgetprovisoriums für 1907, sowie der weiteren Tätigkeit der Parteien angesichts der bevorstehenden Wahlen, können wir leider wegen Raum Mangels in dieser Nummer nicht bringen; wollen aber das Versäumte in den nächsten Wochen nachholen.

Ausland.

Deutschland. Der erste Gang des Reichstagswahlkampfes ist am 13. d. M. ausgefochten worden. Die bisher eingelaufenen Telegramme über den Ausgang der ersten Wahl erlauben noch keinen Schluß auf die Zusammensetzung des zukünftigen Reichstages. Nach dem Reichstagswahlgesetz ist nämlich zum Sieg eines Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit erforderlich, d. h. der gewählte Abgeordnete muß mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf seinen Namen vereinigt haben. Da nun in den meisten Wahlkreisen mehr als zwei Parteien Kandidaten aufgestellt haben—in einigen standen bis sieben solcher zur Wahl—so ist es erklärlich, daß nur ein gewisser Teil der Abgeordneten im ersten Wahlgange endgültig gesiegt hat. In denjenigen Wahlkreisen, in welchen keiner der aufgestellten Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit erlangt hat, müssen s. g. Stichwahlen zwischen den beiden Kandidaten abgehalten werden, welche die höchsten Stimmzahlen bekommen haben.

Es sind aber bei dieser ersten Wahl dennoch verhältnismäßig viele endgültige Resultate erreicht worden, nämlich von 397 zu wählenden Abgeordneten haben bereits 237 ein endgültiges Mandat errungen, während 160 Stichwahlen noch ausstehen. Die höchste Abgeordnetenzahl hat auch diesmal, trotz aller Prophezeiungen, das Zentrum durchgebracht, welches in 89 Wahlkreisen gesiegt hat. An zweiter Stelle stehen die Konservativen mit 41 Abgeordneten, dann kommen die Sozialdemokraten mit 22 (29), die Nationalliberalen mit 20, die Polen mit 18, die Reichspartei mit 10, die Freisinnigen mit 7, die Reformpartei mit 3 und die Elsäßer, Wilden u. a. mit zusammen 20 Abgeordneten. Dieses vorläufige Resultat gibt denen Recht, welche sich von der offiziellen Wahlreklame gegen das Zentrum nichts Großes versprochen. Trotz aller zur Schau getragenen Feindschaft haben die reaktionären Brüder, Zentrum und Konservative nebst Reichspartei, ihr Wahlgeschäft zum Schaden der freisinnigen Parteien gemeinschaftlich gemacht. In vielen Wahlkreisen haben sie noch in letzter Stunde für einander gegen Liberale gestimmt. Daß die Schwarzen aber pfiffiger sind als die Agrarier, das haben sie hier nicht zum ersten Male bewiesen. Für die Sozialdemokratie bedeuten die Wahlen entschieden fei-



nen Sieg, aber da diese Partei gewöhnlich ihre Hauptstärke bei den Stichwahlen erlangt, so läßt sich auch vorläufig von keiner großen Niederlage sprechen. Die Nationalliberalen, die den zweiten Teil ihres Namens größtenteils mit Unrecht tragen, haben mit recht günstigem Resultate abgeschnitten, welches sie ihrem über gewöhnliche Rücksichten erhabenen Mandatenschacher verdanken. Am traurigsten ist es bisher den vereinigten Liberalen ergangen, welche sich gegen den Ansturm aller anderen Parteien zu verteidigen hatten. Welche taktischen Fehler diese von Konservativen, Zentrum, Sozialdemokraten u. a. gleichmäßiggehafter Partei gemacht hat, davon war schon in früheren Nummern unseres Blattes die Rede. Es ist eben unmöglich, zwei Herren zu dienen. Die Polen, die ihre 18 Abgeordnete glatt durchbrachten, haben allen Grund der preußischen Regierung für die Hilfe Dank zu sagen, welche diese ihnen durch ihr ungesetzliches Vorgehen in der Schulfrage geleistet hat.—Bezüglich des Anteils, welchen die einzelnen Parteien an den bevorstehenden Stichwahlen nehmen, wird folgendes mitgeteilt: Konservative—29, Reichspartei—19, Polen—5, Zentrum—31, Nationalliberale—58, Liberale—39, Sozialdemokraten—92, die anderen Parteien zusammen—45.

Über die Vorgänge, welche sich während des Wahltages abspielten, ist vorläufig noch wenig bekannt. Die Telegramme berichten nur, daß in Hamburg 3 Sozialdemokraten, darunter A. Bebel, gewählt worden sind. In Königsberg, welches seit 16 Jahren einen Sozialdemokraten in den Reichstag zu schicken pflegte, haben die Freisinnigen einen wichtigen Sieg errungen. In Berlin veranstalteten die „Nationalen“ Nachts nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse aus den Provinzen eine patriotische Kundgebung vor dem Reichskanzlerpalais, an welcher mehrere tausend Menschen teilnahmen. Bülow trat heraus und hielt eine Rede. Er erwähnte das Wort Bismarcks: „Helfen Sie dem deutschen Volk nur in den Sattel—zu reiten versteht es schon selbst.“ Bülow sagte, das deutsche Volk habe am Wahltage politische Reife gezeigt; wenn bei den Stichwahlen jedermann seine Schuldigkeit tue, so würde die Welt sehen, daß das deutsche Volk fest im Sattel sitzt und alle Hindernisse zu überwinden vermöge. Die Rede wurde oft von tosendem Beifall unterbrochen. Es ist vielleicht in Folge der Unvollständigkeit der Telegramme—nicht recht verständlich, wie der Reichskanzler von dem Ausgange der Wahlen befriedigt sein sollte. Im Gegenteil, wenn man den Maßstab, den die Regierung bisher für den richtigen ausgab, an das Wahlergebnis legt, nämlich eine Mehrheit aller Parteien gegen Zentrum, Sozialdemokraten und Polen, so ergibt sich, daß von 237 Wahlen auf die drei genannten Parteien 136 Siege kommen. Und dabei sind noch Elsässer, Welfen, Dänen, Volkspartei u. a. zu Gunsten der Regierung in Rechnung gestellt.—Bei der Wichtigkeit, welche die gegenwärtigen Wahlen für die ganze innere Politik Deutschlands haben, darf man näheren Nachrichten mit Spannung entgegensehen.

Frankreich. Im Schlosse „La Murette“ in Frankreich, das in alten Zeiten viele schöne Frauen und verliebte Abenteurer in seinen verschwiegene Mauern sah, versammelten sich am 12. Januar 73 französische Bischöfe, um über die Fragen zu beraten, die für die Kirche von Bedeutung sind. Bekanntlich haben, nach der Verwerfung der Kultusvereine, klerikale Blätter und Berichte aus Rom darauf hingewiesen, daß die Kirche sich mit dem gemeinen Rechte des Versammlungsgesetzes begnügen

gen werde, wenn dieses den Bedürfnissen des Kultus entsprechend abgeändert werde. Der Kultusminister beilegte sich, diesem Winke zu folgen; sein Rundschreiben vom 2. Dezember brachte die gewünschten Änderungen des Versammlungsgesetzes. Trotzdem verwarf der Papst auch dieses, und zwar, wie die Klerikalen aus Rom berichten, hauptsächlich aus dem Grunde, weil ein ministerielles Rundschreiben keine genügende Bürgschaften biete; die bezüglichen Änderungen müßten durch ein Gesetz vorgenommen werden. Der Kultusminister befolgte auch diesen Wink; als er sein neues Kultusgesetz in der Kammer einbrachte, erklärte er, das Gesetz habe hauptsächlich den Zweck, den Katholiken bessere Bürgschaften zu geben, als ein ministerielles Rundschreiben sie ihnen habe geben können. Jetzt hat der Papst auch dieses Gesetz verworfen. Wenn die Bischöfe nicht mit großer Zuversicht ihre dritte Beratung beginnen, so ist das begreiflich, denn der Vatikan hat schon zweimal das Ergebnis ihrer Verhandlungen ebenso wie die Kombinationen des Ministers Briand umgeworfen; er kann nur „Non possumus“ (unmöglich) sagen, aber niemals bestimmt angeben, was jetzt aus der katholischen Kirche Frankreichs werden soll. Der eigentliche Leiter der Verhandlungen ist der tatkräftige Erzbischof von Bordeaux, Lecot, dem zwei jüngere Prälaten, Gouraud, Bischof von Vannes, und Dadolle, Bischof von Dijon, zur Seite stehen. Auf Dadolle richtet sich die besondere Aufmerksamkeit. Er hat noch in letzter Stunde Instruktionen vom Papst empfangen, welche die letzte Enzyklika ergänzen sollen. Wie verlautet, wünscht der Papst, daß die reicheren Diözesen die ärmeren unterstützen, und daß zu diesem Zweck eine eigene Organisation geschaffen werde, die gleichzeitig die Kontrolle über die aus dem Auslande einlaufenden Spenden ausüben soll. Auch jetzt noch beweist die französische Regierung ihre Friedensliebe und bedeutenden politischen Takt. Wie mitgeteilt wird, wird der Ministerpräsident in dem Kammerausschuß, welcher mit der Prüfung des Antrages betreffend die Abschaffung der Anzeigepflicht für öffentliche Versammlungen betraut ist, seinen Gesetzentwurf vorlegen, in dem er die Anzeigepflicht für die Abhaltung öffentlicher Versammlungen im allgemeinen abgeschafft und gleichzeitig bestimmt wird, daß diese Anzeige für gottesdienstliche Versammlungen fakultativ ist. Der Geistliche wird demnach auch ohne Anzeige öffentlichen Gottesdienst in den Kirchen abhalten können, ohne das Gesetz zu verletzen. Diejenigen aber, welche die diesbezügliche Anzeige bei den Behörden abgeben, werden die ihnen durch das Gesetz vom 2. Januar 1907 eingeräumten Vorteile genießen. Es würde übrigens nicht richtig sein, wollte man glauben, daß alle Geistlichen Frankreichs den unveröhnlichen Standpunkt des Papstes teilten. In der Kammer nahm am 15. Januar eine schläfrig beginnende Sitzung eine sehr lebendige, fast aufregende Entwicklung. Interpellationen der Abgeordneten Lafies und Abbé Lemire über die von der Regierung übernommene Diözesankassen, aus denen alte und kranke Geistliche versorgt werden, waren angemeldet. Nach einer hitzigen Rede Lafies nahm Abbé Lemire das Wort, ein schlanker Geistlicher mit sanftem, klugem Gesicht, dessen Wohlwollen für die Sozialisten und die radikale Linke überhaupt schon wiederholt den lebhaftesten Unwillen der Klerikalen hervorgerufen haben. Und während die Rechte allmählich in Überraschung versteinerte, die Linke erst vorsichtig aufhorchte, dann immer wieder in stürmischen Beifall ausbrach, bekannte sich dieser Priester vor dem Lande furcht-

los zu der Ansicht, die viele seiner Amtsgenossen im stillen hegen: daß nämlich nicht die Regierung Unfrieden und Zweideutigkeit in den Trennungstreit hineingetragen hat, sondern die Kurie. Wenn es sich bei der Frage nicht um Priester, sondern um gewöhnliche Staatsbürger handelte, sagte Lemire, so wäre der ganze Streit schon lange entschieden. Man behaupte, daß sich die päpstliche Hierarchie nicht mit der Republik vereinigen lasse. Das wäre traurig. Diese Hierarchie dürfe keine Autokratie werden. Es gäbe ein französisches Bischofstum, mit dem man sich verständigen könne wie mit dem deutschen oder dem amerikanischen. Warum sollten französische Geistliche geringere Rechte in einer Zeit fortgeschrittener Erkenntnis haben als Geistliche anderer Länder? Die französischen Bischöfe müßten retten, was noch zu retten sei. Bisher seien nur allzu viele schon dogmatischen Definitionen zum Opfer gefallen. Er vertraue auf die Loyalität seiner Gegner, er hoffe, gerade weil er die große Religion für ein wundervolles Geschenk an die Menschheit halte, daß es den französischen Katholiken möglich sein würde, ihren Glauben mit der Freiheit, dem bürgerlichen Recht und der Vernunft zu vereinen. Der Minister habe gesagt, daß dies Versprechen besonders für die armen und kranken Priester gelte, die zu schwach seien, das zu tun, was man von kräftigen Bürgern verlangen dürfe: durch Handlungen zu beweisen, daß sie der Schwierigkeit der Lage gewachsen seien. — Nach dieser Rede, die von wahren Beifallstürmen begleitet wurde, hatte Briand leichtes Spiel. Er dankte für das Vertrauen und erwiederte Herrn Lafitees, daß er erst das Gesetz ausüben solle, bevor er Agitationsreden halte. Die Regierung habe die Lage vorausgesehen, in welche die starre Intoleranz Roms die Diener der Kirche bringen könne, und dafür gesorgt, daß alle Pensionen, die rechtlich von der Kasse verlangt werden können, an Bedürftige gezahlt würden. Natürlich dürften diese sich nicht sträuben, die Unterstützung vom dem verhassten Staat in Empfang zu nehmen.

Dem am 19. d. M. im Elysee abgehaltenen Ministerrat legte der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Chéron den endgültigen Wortlaut der Gesetzesvorlage betreffend die Aufhebung der Kriegsgerichte vor. Die Vorlage bestimmt, wie uns ein Telegramm aus Paris meldet, folgendes: Die Kriegsgerichte des Heeres und der Flotte werden aufgehoben, und die Aburteilung aller von Angehörigen des Heeres oder der Flotte begangenen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen wird den gewöhnlichen Gerichten, also den Schwurgerichten, den Zuchtpolizei- oder den einfachen Polizeigerichten zugewiesen. Die Strafbestimmungen des Militär- beziehungsweise Marinestrafgesetzbuchs sollen in das Strafgesetzbuch eingefügt werden. In Friedenszeiten wird es also nur noch ein einziges Strafgesetzbuch für alle Franzosen geben. Die Eigenschaft als Angehöriger des Heeres oder der Flotte wird bei gewissen Straffällen einen erschwerenden Umstand bilden, doch werden die Strafbestimmungen gegenüber denen des bisherigen Militärstrafgesetzbuches bedeutend gemildert, die Todesstrafe und die Strafe der Zwangsarbeit, die von diesem Strafgesetzbuch für gewisse Fälle vorgesehen sind, werden aufgehoben. Für die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter gelten die Bestimmungen des gemeinen Rechts, nur einige Abweichungen sind im Interesse der Disziplin vorgesehen. Bei gewissen Vergehen, wie Verlassen des Postens, Insubordination, Aufruhr, Desertion, tätliches Angreifen der

Vorgesetzten oder Untergebenen und Beleidigung des Vorgesetzten wird die Zusammensetzung des Zuchtpolizeigerichtes insoweit abgeändert, als dem Präsidenten zwei militärische Beisitzer beigegeben werden. Auch die Appellationskammern werden, wenn sie über Berufungen gegen Urteile der Zuchtpolizeigerichte in den genannten Straffällen verhandeln, aus einem Zivilrichter als Vorsitzenden und aus militärischen Beisitzern gebildet. Wenn das Schwurgericht über als Verbrechen zu qualifizierende Tathandlungen gegen Vorgesetzte oder Untergebene, oder über gemeinsamen Aufruhr mehrerer Militärs gegen die bewaffnete Macht zu erkennen hat, wird die Geschworenenbank von Militärs gebildet; diese Jury gibt ihren Spruch über die Schuldfrage ab, während die Straffestsetzung durch den Gerichtshof erfolgt. Nach den Bestimmungen der Vorlage werden die militärischen Strafanklagen aufgehoben, die Ordnung der Disziplinarstrafgewalt bei den Truppenkörpern wird der Regelung im Verordnungswege vorbehalten. Die Vorlage wurde vom Ministerrat genehmigt und soll nächstens der Kammer vorgelegt werden.

Persien. Von der Staatsklugheit des persischen Parlaments wird der „Tägl. Ndsch.“ aus Teheran am 20. Dezember berichtet: In der so wichtigen Brotfrage ist der Sieg dem Parlament verblieben. Ein Ausschuß der Kammer ist endgültig mit dem Ankauf von Getreide betraut worden, um dem Brotwucher zu steuern. Das Parlament hat nach diesem Erfolge nunmehr sein Augenmerk auf die Fleischversorgung von Teheran gerichtet, wo ebenso große Mißstände herrschen. Die Hespertei als solche ist zerprengt, und mehrere ihrer Mitglieder haben schon versucht, mit der liberalen Kammermehrheit in Fühlung zu kommen; die meisten, darunter das Haupt der Reaktionäre, der Hausminister Emin Bahadur, haben sich an den Zeichnungen für die aus dem Schoße des Parlaments hervorgegangene Nationalbank mit größeren Summen beteiligt. In richtiger Würdigung der Tatsache, daß ein friedlicher Fortgang des Reformwerkes nicht möglich ist, wenn der Regierung nicht beigeprungen wird, damit sie ihren dringenden Verpflichtungen nachkommen kann, hat die Kammer aus den Einnahmen für die Nationalbank sofort 300,000 Toman (600,000 Rbl.) zur Bezahlung der Soldrückstände in der Armee dem Großwesier zur Verfügung gestellt. Durch diesen klugen Schritt hat sich das Parlament die Regierung verpflichtet und gleichzeitig sein Ansehen im Volk und im Heere bedeutend gesteigert. Es gehörte zu diesem Vorgehen eine gute Dosis von Optimismus und Patriotismus, denn die Bank ist bis jetzt erst im Prinzip genehmigt. Wie sich die Zeiten ändern! Wer hätte noch vor Jahresfrist von einem persischen Patriotismus oder gar von der Aufbringung von Mitteln für öffentliche Zwecke durch das Volk zu reden gewagt! Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Hauptverdienst daran, daß das Parlament sich bis jetzt so verständig und gemäßigt gezeigt hat, seinem Präsidenten Sani-ed-dauleh gebührt. Er hat es verstanden, die Verhandlungen so zu leiten, daß sie auf dem Boden des praktisch Erreichbaren blieben und die Gewalt nicht von der Regierung und dem Parlament auf die Straße und die Basare überging. Sein Einfluß auf beide Parteien gründet sich auf seine große Sachkenntnis und vor allem auf seine makellose Vergangenheit.



Nachrichten aus dem Kaukasus.

Unter dem Protektorate Seiner k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Josef Ferdinand findet eine Internationale Ausstellung der Neuesten Erfindungen und Verbesserungen auf allen Gebieten, für Gegenstände des Patent- und Gebrauchsmusterschutzes und Neuheiten auf den verschiedenen fachtechnischen Gebieten vom 15. Juni bis Mitte September 1907 in Olmütz statt. Anmeldefrist bis Ende Februar 1907.

Nähere diesbezügliche Auskünfte werden beim k. u. k. österr. ungar. Konsulate in Tiflis erteilt.

— **Tiflis.** Durch einem Allerhöchsten Ukas sind die Wahlen der Abgeordneten in die Reichsduma im nördlichen und südlichen Kaukasus auf den 6. Februar d. J. anberaumt worden.

— Zum Direktor der hiesigen Kommerzschnule ist der Oberlehrer des II. Knabengymnasiums, Herr Hechtmann, ernannt worden.

— In der Zeit vom 5—15. d. M. herrschte auch hier außergewöhnliche Kälte. Das Thermometer zeigte in einer Nacht sogar 9 Grad Null. In der Nähe des Soldatenbafars wurde der Leichnam einer erfrorenen Menschen aufgehoben. Fast gleichzeitig stieg das Wasser in der Kura, offenbar infolge starken Schneefalls im Gebirge; viele Flüsse wurden losgerissen und fortgeschwemmt, desgleichen einige Dämme, welche seitens der örtlichen Brauereien und der Kolonie Alexanderdorf zwecks Gewinnung von Eis hergerichtet worden waren; mehrere Schiffsmühlen sollen durch die stromabwärts treibenden Flüsse nicht unerheblich beschädigt worden sein.

— Am 8. Januar fand hier selbst die Eröffnung einer Abteilung der russischen Gesellschaft für Hühnerzucht statt. Nach den üblichen Reden wurde das Verwaltungspersonal gewählt. In Angelegenheiten der Gesellschaft hat man sich an „К. Э. Эджубовъ — Михайловская 130. zu wenden. Wir werden nicht verabsäumen, nächstens über die Tätigkeit der Gesellschaft, sowie über die Hühnerzucht im allgemeinen genauers mitzuteilen.

— Eine Parade für Diphtherie- und Pockenfranke ist hier am 9. Januar eröffnet worden.

— Über die „Kaukasische Landwirtschaftliche Gesellschaft“ bringt die örtliche Presse ungünstig lautende Nachrichten. Vor einiger Zeit schon hatte das Erscheinen der von der Gesellschaft herausgegebenen Zeitschrift wegen Mangels an Mitarbeitern, Abonnenten und der dazu erforderlichen Mittel eingestellt werden müssen. In letzterer Zeit blieb sogar ein großer Teil der Mitgliedsbeiträge aus. Eine Generalversammlung hat seit zwei Jahren nicht mehr stattgefunden. Schließlich ist noch eine Unterschlagung von 5000 Rbl. aufgedeckt worden, an welcher der Gehilfe des Vorstehers des hiesigen Bureaus schuld sein soll; jedenfalls leitete er die Geschäfte der Gesellschaft, hat aber nie einen Rechenschaftsbericht vorgelegt. Der sorglose Vorstand hat erst dann an den Schutz der Interessen des Vereins gedacht, als es schon zu spät war. Ein wenig nachahmenswertes Beispiel!

— Am 9. Januar um 5 Uhr nachmittags wurde auf den Fährloch-Loladse ein Attentat—unseres Wissens das fünfte—mittels einer Bombe verübt, während er in einem Mietwagen über den Erivanischen Platz fuhr. Loladse blieb unbeschädigt, einige Passanten dagegen trugen leichte Verwundungen davon. Die Fensterscheiben des Tabakmagazins Enfiadschianz wurden zertrümmert. Loladse hat einer Aufforderung des Oberleutnants Martinow, des ehemaligen Polizeimeisters von Tiflis, Folge geleistet und ist bereits am nächsten Tage nach Petersburg abgereist.

— Am 12. Januar, um 6 Uhr abends, wurde gegenüber der Konditorei von Michanoff, unweit des Woronzowdenkmals der Kaufmann S. ermordet. Der Übeltäter hatte ihm offenbar aufgelauert und 4 Schüsse abgegeben, die sofort den Tod verursachten.

— Am 15. Januar um 12 Uhr mittags wurde der Arzt N. A. Chudadow in unmittelbarer Nähe des Eisenbahnlazarets durch einen Revolvererschuss in den Rücken tödlich verwundet. Der Mörder entkam.

— Am 15 d. M. abends gegen 9 Uhr wurde auf der Vermontow-Straße der Sohn des bekannten Kapitalisten M. D. Aramjan, während er sich mit zwei Kameraden vom Gymnasium und einer Gymnastin in lebhafter Unterhaltung begriffen, der Weljaminow-Straße näherte von einer Bande jugendlicher Kerle erfasst, auch einen bereitstehenden Psetou gehoben und entführt. Seine Begleiter wurden durch Bedrohung mit dem Tode durch Helfershelfer der Räuber in Schach gehalten. Aramjan zwang man gleichfalls durch einen vorgehaltenen Revolver zum Stillschweigen.

— Wie aus der Schweiz (!) mitgeteilt wird, sollen einige unserer hiesigen Expropriatoren ein Reise dorthin unternommen, den Wohnort eines

Bliebes der als reich bekannten Familie Subalow ausfindig gemacht und letzteres unter Anwendung von Zwangsmitteln zur Ausfertigung eines Bankscheins auf 100,000 Rbl. veranlaßt haben.

— Am 9. Januar wurde im I Stadtbezirk eine allgemeine Hausdurchsuchung vorgenommen. Der ganze Stadtteil war von Militär umzingelt. Dieselbe ergab aber so gut wie nichts, bloß einige Waffen, Patronen und Proklamationen hat man gefunden.

— Die Angehörigen der syrischen Kirche in Tiflis gedenken eine Kirche zu bauen, wozu sie in der Zeit von 2 Wochen 12,000 Rbl. gesammelt haben. Diese Summe setzt sich unter anderem aus folgenden Einzelgaben zusammen: von 10,000 Rbl., eine von 500 Rbl., zwei von je 400 Rbl., zwei von je 200 Rbl., eine von 150 Rbl., drei von 100 Rbl.

— Herr Oberpastor Wiren in Helenendorf hat auf Dienstag den 23. d. M. die Pastoren und Gemeindepriester aus den transkaukasischen Kolonien zu einer Beratung in der Schulfrage nach Tiflis eingeladen.

— Auf den 23. Jan. ist eine Gemeindeversammlung in der St. Petri-Pauli-Schule angesagt. Der Zweck derselben ist die Abrechnung der Kirchen- und Schulrechnung und die Wahl eines Kirchenratpräsidenten.

— **Batum.** Die Stadtverwaltung hat beschlossen, zum Unterhalt des in Tiflis zu begründenden Polytechnikums 2000 Rbl. jährlich beizusteuern. — Der Sturm, welcher tagelang auf dem Schwarzen Meere herrschte, hat auch in der Stadt großen Schaden angerichtet. Die wogende See hatte den Boulevard überschwemmt, einen Pfahl der elektrischen Leitung umgestürzt, einen Teil der Gefängnismauer zerstört, war bis zum Gymnasium vorgebrungen, den Eingang zu demselben mit Geröll verschüttend; es fehlte nicht viel, so wären sämtliche in der Nähe des Meeres belegenen Häuser unterspült worden, einige von ihnen befanden sich zeitweilig, wie auch das Warenlager der „Russ. Gesellschaft“, in der größten Gefahr, da sie zum Teil bereits unter Wasser standen.

— Zwischen den Stationen Kwiriki und Michailowo blieben die Züge im Schnee (!) stecken und konnten infolge dessen nur mit erheblichen Verspätungen in Tiflis eintreffen (vgl. hierzu in „Aus aller Welt“ die außer gewöhnlichen Naturerscheinungen im Süden Europas).

— **Sotschi.** Auf dem Gute Zambaja beraubten drei bewaffnete Abhasen den Kontrolleur der indo-europäischen Telegraphenlinie, Eduard Fallmann.

— **Sugdidi.** In der Nähe der Stadt überfielen Räuber einige Polizeiwächter, die Steuergelder mit sich führten. Im Gefecht wurden sechs Räuber erschossen, ein Polizeiwächter verwundet. Am 5. Januar wurde in der Nähe von Anaklia ein Omnibus beraubt, der aus Sugdidi kam. Am nächsten Tage sollen vier Mann verhaftet und dem Kriegsgericht übergeben worden sein.

— **Kutais.** Die Gesellschaft „Kokchida“, legt eine Baumschule für die amerikanische Rebe an, zu welchem Zweck sie sich 40,000 Seklinge kornenläßt.

— **Kreis Gori.** Bevollmächtigte des englischen Kapitalisten Chambers, in dessen Pacht sich schon die Güter der Familie Zereteli im Kreise Schorapan (Gouv. Kutais) befinden, haben nun dem „Tifl. Listok“ zufolge, vor einigen Tagen auch ihre Unterhandlungen betreffs Verrentierung der kolossalen Güter des Fürstengeschlechts der Polowandoss zum Abschluß gebracht.

— **Baku.** Der Statthalter hat den Stadthauptmann ersucht, die Bildung eines Komitees zu veranlassen, welches die Aufgabe hätte, in der Nähe der Stadt—innerhalb der Fabrikbezirke—im Einvernehmen mit den örtlichen Besitzern Landstücke von je 60 Dessjatinen zu erwerben, auf denen in Zukunft Arbeiter angesiedelt werden sollen. Der beim Rat der Naphthaindustriellen angestellte Arzt, S. Schein, ist offenbar aus Macheermordet worden.

Zur Einführung der Muttersprache als Unterrichtssprache in unseren Kolonien.

Wie wir der „Odesser Zeitung“ entnehmen, hat ein Ausschuss der südrussischen deutschen Kolonisten, bestehend aus den Herren Pastor Steinwand, Zentralschullehrer F. Fiechtner und Buchhändler G. Schaad, am 24. November v. J. in St. Petersburg in Abwesenheit des Unterrichtsministers seinem Gehilfen 333 gleichlautende Bittschriften von ebensoviel deutschen Gemeinden in Südrussland betreffend Einführung der Muttersprache in den

Schulen überreicht. Die Denkschrift, die bei dieser Gelegenheit von den Abgeordneten überreicht wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„Indem wir Ew. Hohen Erzellenz die 333 Bittschriften von 333 deutschen Gemeinden der genannten Gouvernements vorstellen, erlauben wir uns folgende Erklärung dazu abzugeben: Laut Allerhöchstem Befehl vom 19. August 1827 auf den Namen des damaligen Unterrichtsministers wurde die Aufsicht des Ministeriums auch auf die in den deutschen Kolonien existierenden Volksschulen ausgedehnt, die bis dahin unter dem Ministerium des Innern standen. Im Jahre 1837 wurden bei der Schaffung des Ministeriums der Reichsdomänen die Verwaltung der deutschen Kolonien nebst ihren Schulen diesem unterstellt. Durch den Allerhöchsten Befehl vom 2. Mai 1881 wurden die Dorfschulen in den ehemaligen deutschen Kolonien dem Ministerium des Unterrichtswesens mit der Bedingung übergeben, daß bei der neuen Ordnung das Recht der betreffenden Geistlichkeit die religiöse Bildung der Jugend zu überwachen, gewahrt bleibe. Laut Allerhöchstem Befehl vom 22. November 1890 wurden alle lutherischen Schulen ohne Ausnahme dem Unterrichtsministerium auf allgemeiner Grundlage der anderen Elementarschulen dieses Ministeriums unterstellt unter Wahrung des oben angeführten Rechts der betreffenden Geistlichkeit. Durch das Allerhöchst bestätigte Reichratsgutachten vom 24. Februar 1897 wurde endlich dem Unterrichtsminister anheimgestellt, in den Schulen der besitzlichen Ansiedler (der ehemaligen ausländischen Kolonisten) den Unterricht in der russischen Sprache nach Möglichkeit allmählich einzuführen, jedoch unter der Bedingung, daß die Muttersprache und die Religion der Schüler in einer zur gründlichen Erlernung dieser Gegenstände genügenden Stundenzahl unterrichtet würden. Als Folge der Einführung der russischen Sprache als Unterrichtssprache für alle Gegenstände, mit Ausnahme der Religion und der Muttersprache, traten in unseren Volksschulen bald unbefriedigende Resultate zutage, auf die in den vorgestellten Bittschriften auch hingewiesen wird. Wird aber in unserer Schule die Muttersprache als Unterrichtssprache nicht nur für Religion und Deutsch, sondern für alle Fächer, mit Ausnahme der in der Bittschrift angegebenen, gebraucht werden, so werden sich unsere Kinder ihre Muttersprache mehr aneignen. Infolge dessen wird auch der Unterricht in der deutschen Sprache als Fach erfolgreicher sein als früher. Eine gründlichere praktische und theoretische Kenntnis der Muttersprache erleichtert aber im allgemeinen auch die Erlernung einer fremden Sprache sehr, wie als eine solche ja die russische Sprache für unsere Kinder anzusehen ist. Die Erlernung dieser Sprache aber als Reichssprache wird von der Bevölkerung aller deutschen Kolonien unseres weiten Vaterlandes als höchst notwendig anerkannt. Außerdem ist die Kenntnis der Muttersprache, d. h. der Sprache, in der der Mensch denkt, das Mittel, den Denkprozeß zu erleichtern und auf diese Weise zur Entwicklung seiner geistigen Fähigkeiten beizutragen. Die allerwichtigste Folge einer gründlicheren Kenntnis der Muttersprache ist aber die, daß dieselbe hilft, den Gottesdienst, die Kirchenlieder, die Predigt und die Vorbereitung zur Konfirmation recht zu verstehen. Ein solches Verständnis wird aber gewiß den wohlthätigen Einfluß der geistlichen Unterweisung, der von den erhabendsten Gefühlen durchdrungenen Kirchenlieder und der die Seele des Menschen erhebenden kirchlichen Gebräuche erhöhen. Der Gebrauch der Muttersprache

beim Rechenunterricht ist aus folgenden Gründen unerlässlich. Beim Rechnen wird vom Kinde die volle Anstrengung aller seiner Geisteskräfte verlangt, damit es in das Wesen des Gegenstandes eindringen, die Erklärungen des Lehrers verstehen und die Aufgaben begreifen und lösen könne. Ein so schwieriges Fach wie das Rechnen in einer dem Kinde fremden Sprache erteilen, die ihm an und für sich schon Schwierigkeiten bereitet, abgesehen von den Anstrengungen, die das Kind zu machen hat, um die Aufgaben verstehen und lösen zu können, heißt 1) den Unterricht in diesem Gegenstande für den Schüler und für den Lehrer erschweren. Für den Schüler, da derselbe gleichzeitig eine doppelte Geistesarbeit zu vollbringen hat (im Rechnen und in der Sprache), für den Lehrer aber, da derselbe gezwungen ist, nicht den Gegenstand möglichst genau zu erklären, sondern sich den Kenntnissen des Schülers in der Unterrichtssprache anzupassen, die ja oft den Kenntnissen in diesem Fach bei weitem nicht entsprechen; 2) heißt das auch, den Unterrichtsgang in diesem Fach verlangsamten, denn der Lehrer muß bei seiner Erklärung in einer den Kindern nicht ganz verständlichen Sprache viel mehr Zeit zur Prüfung dessen verwenden, ob die Kinder ihn auch verstanden haben, als dies beim Unterricht in der Muttersprache der Fall wäre. Indem sich die deutschen Gemeinden von angeführten Erwägungen und von dem Beschluß des Ministerkomitees vom 10. Mai 1905 leiten ließen, wo es heißt: „Man darf aus den Schulen kein Werkzeug zur künstlichen Durchführung russifizierender Bestrebungen machen. Die Lehranstalten müssen vor allen Dingen als Ziel die Bildung der Kinder und der Jugend gemäß den Bedürfnissen der örtlichen Bevölkerung und die Einprägung guter Sitten erstreben. Dieses Ziel kann die Schule aber nur dann erreichen, wenn in ihr der Muttersprache der Lernenden die ihr gebührende Stellung gesichert wird. Zur Erreichung desselben muß der Ortssprache, als dem kostbarsten Gute eines Volkes, die nötige Stundenzahl zugewiesen werden. Diese Sprache muß auch als Unterrichtsmittel in genügend weitem Umfange gebraucht werden, da nur mit ihrer Hilfe die zu unterrichtenden Fächer den Kindern gehörig erklärt und beigebracht werden können“ — haben die deutschen Gemeinden sich entschlossen, sich an Ew. Hoherzellenz mit den überreichten Gesuchen zu wenden“.

Der Ministergehilfe erklärte auf obige Ausführungen, daß im Ministerium die Absicht bestehe, den fremdsprachigen Völkerschaften Rußlands den Unterricht in der Muttersprache zu gewähren, und zwar so, daß in den Volksschulen mit mehrjährigem Schulbesuch als Unterrichtssprache etwa während der ersten 4 Jahre die Muttersprache zu gestatten, während in den letzten Jahren dann die russische Sprache zu gebrauchen sei mit Beibehaltung der nötigen Stundenzahl für Religion und Muttersprache. Die Deputierten wiesen dem gegenüber darauf hin, daß die Kinder auch unter den von ihnen angegebenen Bedingungen die russische Sprache genügend erlernen würden. Der Ministergehilfe versprach darauf seinerseits alles zu tun, was ihm möglich sein werde. Auf die Frage, wann die Sache ungefähr entschieden sein könnte, meinte er: „Wenn wir fertig werden, dann schon zum Januar. Nur haben wir gegenwärtig furchtbar viel zu tun, so daß Sie schon noch etwas Geduld haben müssen“.

Am 5. Dezember wurde in derselben Angelegenheit der Petersburger Generalsuperintendent G. Pingoud vom Minister der Volksaufklärung empfan-



gen. Letzterer war mit dem Inhalt der oben erwähnten Bittschriften bereits vertraut. Wie einem Schreiben Pingoud's an das „Evangelische Sonntagsblatt“ vom 15. Dezember zu entnehmen, verhielt sich der Minister zur Sache durchaus entgegenkommend. Er wies unter anderem darauf hin, daß das betreffende Gesetz in 4 Punkten bereits als Projekt im Ministerium der Volksaufklärung ausgearbeitet sei und von demselben bei der Reichsduma nach ihrem Zusammentritt eingebracht werden würde.

Auf die Frage des Generalsuperintendenten, ob es nicht möglich wäre, nach dem Beispiele der baltischen und polnischen Provinzen schon jetzt zeitweilig das Recht zu erhalten, die deutsche Unterrichtssprache einzuführen, da es ungewiß sei, wie rasch die Gesetzprojekte in der Duma ihre Erledigung finden werden, erklärte der Minister, daß solches auf große Schwierigkeiten stoßen würde, da ja bereits nach einigen Wochen die Duma zusammentrete und das Ministerkomitee keine Zeit hätte, dieser besonderen Bitte jetzt seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Frage sei nun schon eine allgemeine, alle, die ganze fremdsprachige Bevölkerung Rußlands betreffende, und sie könne daher nur auf gesetzgeberischem Wege geregelt werden. Wenn in den baltischen Provinzen und in Polen Allerhöchst schon jetzt die Einführung der Muttersprache in den Schulen gestattet worden sei, so habe das darin seinen Grund, daß die Polen, Letten, Esten und Deutschen in jenen Teilen des Reichs die ursprüngliche Bevölkerung bilden, während die im Innern des Reichs wohnenden deutschen Kolonisten dort angesiedelt seien. — Auf die Versicherungen des Generalsuperintendenten, daß sich die deutschen Kolonisten in Rußland durchaus heimisch fühlen, dasselbe als ihr Vaterland ehren und lieben und zur Zeit das ruhigste Element der Bevölkerung darstellen, sprach der Herr Minister über sie seine volle Anerkennung aus und versicherte, daß im Laufe eines Jahres gewiß die Sache des fremdsprachigen Unterrichts gesetzlich geregelt sein und die deutsche Bevölkerung der südlichen Gouvernements die Erfüllung ihrer Wünsche erreichen werde.

Fast gleichzeitig, nämlich am 29. November, empfing der Ministerpräsident Stolypin eine von dem Moskauer Generalsuperintendenten Fuhrmann geführte Abordnung der deutschen (lutherischen) Gemeinden des Wolgagebiets, bestehend aus den beiden Präpsten Thomson und Kosziol, und den Pastoren Erbes und Kusfeld, welche eine von ihnen im Auftrage der vorigjährigen Wolga-Synode verfaßte Denkschrift betreffs Umgestaltung des Volksschulwesens im Sinne des unseren Lesern bereits bekannten Projekts (vgl. hierzu in Nr. 19 u. 20 den Artikel: „Die deutsche Volksschule“) überreichten. Der Generalsuperintendent setzte in einem längeren Vortrag auseinander, von welchen Erwägungen die Synode sich bei der Aufstellung der neuen von ihr gewünschten Schulordnung habe leiten lassen.

Auf Einzelheiten eingehend, — wir folgen hier abermals der Wiedergabe in der „Dessaer Zeitung“ — betonte er zuerst die Muttersprache, auf deren Wiedereinführung die Synode das Hauptgewicht lege. Nach dem eingereichten Schulprojekt sollen in den deutschen Volksschulen sämtliche Fächer mit Ausnahme der Reichssprache in der Muttersprache vorgetragen werden. Die russische Sprache sollte erst vom dritten Lehrjahre an ins Programm aufgenommen und von da an als Unterrichtsfach betrieben werden. Jedoch seien in den 2 ersten Schuljahren einige Sprechstunden fürs Russische (лекционные уроки) vorgesehen,

um die Kinder allmählich ans Russische zu gewöhnen, und die Synode hoffe, daß die Volksschule auf diese Weise günstigere Resultate erzielen werde, als dies bisher der Fall war, denn die bisherige Unterrichtsmethode sei sowohl für den Lehrer als auch für den Schüler eine reine Qual gewesen, und es sei so gut wie nichts erreicht worden. — Der Minister sprach sich dahin aus, daß er das Recht der Muttersprache vollkommen anerkenne, aber es dürfe nicht vergessen werden, daß neben dem *материнскій языкъ* auch *отечественный языкъ* ihr volles Recht in der Schule habe. Ein Projekt, welches der Muttersprache die ihr gebührende Stellung in der Schule anweise, werde ausgearbeitet werden, er halte aber dafür, daß die Reichssprache in unserem Projekt nicht genügend betont werde. Er verwies auf die Schulen in den Ostseeprovinzen, in welchen früher die Reichssprache sehr mangelhaft gesprochen wurde, jetzt aber, wo der Unterricht in allen Fächern in russischer Sprache erteilt werde, sei es anders geworden; auch habe er sich bei einem Besuch in der Zentralschule zu Lesnoi Karamysch persönlich überzeugen können, daß die Schüler dort die russische Sprache sehr gut beherrschen, was er gerade dem Umstande zuschreibe, daß sämtliche Fächer in dieser Sprache unterrichtet werden. Hier erbat sich Pastor Erbes das Wort und bemerkte, dies werde aber auch mit sehr großen Opfern erreicht, nämlich auf Kosten der Muttersprache, die unter dem jetzigen System sehr zu leiden habe. Pastor Erbes legte ferner dar, daß die Zentralschulen eigentlich den Zweck haben sollen, für die Dorfschulen Küster und Lehrer auszubilden, vor allen Dingen aber Küster, an denen jetzt in den Kolonien großer Mangel sei. Die Küster sollen Gehilfen des Pastors sein und die Kinder in Religion und Muttersprache unterrichten, aber leider erweist es sich bei vielen, daß sie die Muttersprache nicht genügend beherrschen und das sei das Opfer, welches zu Gunsten der Reichssprache gebracht werde. — Aus der ganzen Unterredung gewann die Abordnung den Eindruck, daß der Ministerpräsident doch nicht abgeneigt sei, die Muttersprache als Unterrichtssprache wenigstens für die ersten 2 Schuljahre gelten zu lassen. — Als zweiten Wunsch besprach der General-Superintendent die Errichtung eines Küsterseminars und den Wunsch der Synode, daß dasselbe nicht dem Ministerium der Volksaufklärung, sondern dem des Innern unterstellt werde. Der Minister erkannte die Notwendigkeit und Möglichkeit eines solchen Instituts an und versprach, sich in betreff dieses Wunsches mit dem Minister der Volksaufklärung und dem Departements-Chef für fremde Konfessionen in Beziehung zu setzen. Als dritten Wunsch der Synode hob der Generalsuperintendent die Notwendigkeit einer Reorganisation der 2 bestehenden Zentralschulen hervor. Die Zentralschulen entsprächen ihrem Zwecke nicht, sie bilden anstatt Lehrer eher niedere Schreiber, niedere Kommis aus, daher sei es durchaus notwendig, daß sie in Lehrerseminare umgewandelt würden, auch müsse die deutsche Sprache unbedingt in deutscher Sprache vorgetragen werden, was jetzt leider nicht der Fall sei. — Auch in dieser Beziehung sprach sich der Minister wohlwollend aus. — Ein weiterer Wunsch der Synode — so führte nun der Generalsuperintendent weiter aus — sei der, daß die Regierung den Bau von zweckmäßigen Schulhäusern in den Kolonien auf ihre Kosten übernehme. Die vorhandenen Schulhäuser seien nur in seltenen Fällen der Schule angepaßt, sie dienen meistens in erster Linie gottesdienstlichen Zwecken und zu Gemeindeberjammlungen;

sie umzubauen oder an ihrer Stelle neue zu errichten, sei für die Gemeinden eine zu schwere Last, und wenn ihnen die Regierung nicht zur Hilfe komme, so könnte eine Reorganisation des Schulwesens noch für lange Zeit hinausgeschoben werden. Der Minister bemerkte, das sei allerdings sehr viel verlangt und man solle in einer so schweren Zeit dem Staate nicht zu viel zumuten; doch sprach er sich in dieser Sache nicht ablehnend aus und nahm der Abordnung die Hoffnung auf staatliche Unterstützung zum Bau von Schulhäusern nicht. — Als diese Fragen besprochen waren, meldete sich Pastor Rufeld zum Worte und betonte, daß, wenn es wünschenswert wäre, daß die Regierung den Gemeinden beim Bau von Schulhäusern zu Hilfe käme, es durch die Verhältnisse noch dringender geboten sei, daß die Regierung auch den Unterhalt der Lehrer übernehme. Die deutschen Dörfer seien riesengroß, die Schulen überfüllt, und wenn auf je 60 Kinder ein Lehrer angestellt werden solle mit einem Gehalt von 380 Rubel jährlich, so seien die Gemeinden, die zum Teil recht arm sind, einfach nicht im Stande, diesen Verpflichtungen nachzukommen, ja wenn die Regierung hier nicht helfend eintreten wolle, so könne man mit Gewißheit voraussagen, daß aus dem ganzen neuen Schulprojekt nichts herauskommen werde, denn das Schulwesen in den Kolonien hapere hauptsächlich am Geldpunkte. Pastor Rufeld hob ferner hervor, daß die Regierung neulich selbst den Unterhalt der Lehrer den Gemeinden angeboten habe mit der Bedingung jedoch, daß an Stelle der Kirchenschulen überall ministerielle Schulen errichtet würden; solche Schulen könnten aber die deutschen Gemeinden nicht annehmen, weil in ihnen die Muttersprache gar keine Berücksichtigung finde. Es sei aber vielleicht doch möglich, ministerielle Schulen mit staatlicher Unterstützung zu errichten, jedoch solche, bei welchen unsere Wünsche betreffend die Muttersprache und andere wichtige Punkte zur Geltung kämen. Der Minister bemerkte, daß diese Angelegenheit in das Ressort des Ministeriums der Volksaufklärung gehöre und er es nicht unterlassen werde, über diese Wünsche den Minister der Volksaufklärung in Kenntnis zu setzen. Nach dieser Unterredung, welche die Hauptpunkte der neuen Schulordnung betrafen, brachte der Generalsuperintendent den Wunsch vor, es möge schon jetzt vor Herausgabe eines neuen Schulgesetzes durch ministerielle Vorschriften angeordnet werden: 1) daß der Unterricht in den Volksschulen in den 2 unteren Abteilungen in deutscher Sprache erfolge, und 2) daß in den Zentralschulen der deutsche Unterricht in deutscher Sprache erteilt werde. — Auch diese Bitte versprach der Ministerpräsident beim Minister der Volksaufklärung zu unterstützen. — Der Bericht über diese Audienz schließt mit den Worten: „Wir schieden mit dem Bewußtsein, daß wir unsere Reise nicht vergeblich gemacht haben, und daß, wenn auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt werden, so doch ein großer Teil zur Verwirklichung gelangen könne“.

Am folgenden Tage stellte sich die Deputation dem Departements-Chef für fremde Konfessionen vor und besprach auch mit ihm die Schulangelegenheit. Der Empfang war ein durchaus liebenswürdiger. Der Departaments-Chef versprach alles, was von ihm abhängen würde, zu tun. Unter anderem verlangte er von den Abgeordneten ausführlich statistische Angaben hinsichtlich des Schulwesens in den deutschen Gemeinden an der Wolga, die sie leider nicht bei der Hand hatten. Die Deputation versprach aber, sie ihm umgehend zuzustellen.

Von der Anwesenheit der Deputation aus den russischen Kolonien in St. Petersburg erfuhr die Abordnung von den Wolga-Gemeinden zu spät; denn als sich Pastor Rufeld auf die Suche nach Pastor Steinwand machte, konnte er nur noch feststellen, daß jene Deputation schon am Abend vorher abgereist war. Er meint hierzu zum Schluß durchaus zutreffend: „Ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den Deputationen wäre jedenfalls sehr wünschenswert gewesen.“

Zur Frage der Unterrichtssprache in den von Deutschen gegründeten Schulen Polens wird amtlich gemeldet: Das Unterrichtsministerium hat beim Ministerrat beantragt: 1) in den für Kinder deutscher Nationalität gegründeten einlässigen und in den beiden unteren Klassen der übrigen Elementarschulen des Warschauer Lehrbezirks auf ein Gesuch der Gründer den Unterricht in allen Fächern, mit Ausnahme des russischen Sprachunterrichts, in deutscher Sprache zu gestatten, und 2) auf die in den Gouvernements des Zartums Polen gegründeten Privatschulen für Kinder deutscher Herkunft auf ein entsprechendes Gesuch der Gründer den Allerhöchsten Befehl an den Regierenden Senat vom 1. Oktober 1905 anzuwenden. Dieser Allerhöchste Befehl betrifft die Einführung der polnischen und littauischen Unterrichtssprache in den Privatschulen.

Es wäre an der Zeit, daß auch die deutschen Gemeinden im Kaukasus und zwar in beiden Teilen desselben, d. h. diesseits und jenseits des Gebirges, sich anschießen Schritte zu tun, die zur Anerkennung der deutschen Sprache als Unterrichtssprache in unseren Schulen führten. Daß eine Vereinigung der einzelnen Gemeinden stattzufinden hätte, versteht sich von selbst. Einzelne Bittgesuche dürften nicht den nötigen Eindruck machen. Leider besitzen wir noch keine Kulturvereine; wie groß könnte sich sonst gerade jetzt ihre Hilfe erweisen! Aber wir haben ja auch Pastoren in unseren Gemeinden, die sich alljährlich zu einer Synode vereinigen. Sollte ihnen nicht möglich sein, was ihre Amtsbrüder an der Wolga zu Wege gebracht? Sollten sie mit Arbeiten tatsächlich zu überbürdet sein, um sich mit der Frage der Reorganisation unseres Schulwesens zu beschäftigen?

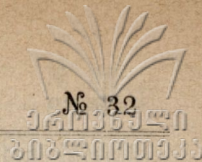
Aus aller Welt.

Außergewöhnliche Kälte wird nicht nur aus allen Teilen Rußlands, sondern auch aus dem südlichen Europa gemeldet. Das Thermometer in St. Petersburg fiel bis auf 22 Grad Reaumur bei starkem Westwinde. In Moskau hatte man 30 Grad N. Frost. In Odesja wütete 24 Stunden lang ein schrecklicher Schneesturm, welcher bedeutenden Schaden anrichtete; das Auslaufen der Schiffe mußte hintangehalten werden; im Hafen wurden die Verladungsarbeiten eingestellt; die Pferdebahn setzte gleichfalls ihren Betrieb aus; es kamen mehrere Fälle von Erfrieren vor. Bei Jalta in der Krim ist das ganze Meeresufer mit Schnee bedeckt. Auf dem Schwarzen Meere herrschte starker Sturm. Vielfach mußte auch der Eisenbahverkehr aufhören. Auf der Strecke Berdjansk der Zekaterinoslawer Bahn blieb ein Zug, bestehend aus Waggons vierter Klasse, im Schnee stecken, ehe ein Hilfszug eintraf, war ersterer bereits vollständig verschneit, und es mußten nicht geringe Anstrengungen gemacht werden, um die im Schnee begrabenen Passagiere zu retten. In Noworossijsk tobte der Nord-

Ost in fürchterlichster Weise, ungeheuren Schaden anrichtend. Ein englischer Dampfer wurde ans Land geworfen. Die Bucht ist zugefroren. Aus Akmolinsk (Sibirien) wird über 36 Grad starken Frost berichtet; am 6. Januar sollen dortselbst 15 Personen erfroren sein; täglich werden neue Opfer aufgefunden; eine Menge Vieh ist gefallen. In Kischlowodsk (im nördl. Kaukasus) ist der Winter heuer außerordentlich streng; man hat hier auch bereits 23 Grad Frost gehabt. — In Rom schneit es tagelang. Bei Florenz ist der Fluß Arno mit einer Eisschicht bedeckt. In Venedig friert es gehörig. In Bologna sind 7 Grad Kälte. Auch der Fluß Po (im nördlichen Italien) ist an mehreren Stellen zugefroren. In Bukharest fiel die Temperatur auf 31 Grad; es stürmte dabei. Triest hat 12 Grad Kälte zu verzeichnen, was seit 1869 nicht mehr der Fall gewesen ist. In Konstantinopel verzeichnete man 10 Grad Kälte bei starkem Schneetreiben. — Die Ursache dieser außergewöhnlichen Kälte erblickt das physikalische Haupt-Observatorium in St. Petersburg in einem Antizyklon von seltener Heftigkeit, welcher am 5. Januar aus der Richtung des nördlichen Eismees kommend, wahrzunehmen war und als Vorbote großer Kälte in ganz Rußland, starker Oststürme (auf dem Schwarzen und dem Asov'schen Meere und Schneetreiben im Süden galt, weswegen auch rechtzeitig die Häfen der beiden genannten Meere von dem zu erwartenden Unwetter in Kenntnis gesetzt wurden, wodurch nicht wenig Unglück abgewandt worden sein mag.

Das Erdbeben auf Jamaika (westindische Insel). Aus Newyork wurde unter dem 3. Januar gemeldet, daß am 1. Januar um 1/4 Uhr nachmittags die Stadt Kingston auf Jamaika durch ein Erdbeben zerstört worden ist. Nach dem ersten Erdstoß brach Feuer aus. Die unversehrt gebliebenen Einwohner bivakieren in der Umgebung unter freiem Himmel; es herrscht großes Elend. Die Kabel nach Amerika und Panama sind zerstört. Weitere Einzelheiten sind nicht eingetroffen, da die Kabel noch nicht funktionieren. — Eine weitere Meldung besagte, daß das Feuer in Kingston die durch das Erdbeben entstandene Verwüstung vervollständigt hat. Der Handelsteil der Stadt ist in einen Aschenhaufen verwandelt. Gegen 400 Personen sind umgekommen. Tausende sind verwundet. Die Kirchen und viele öffentliche Gebäude sind zerstört. — Spätere Nachrichten besagen, daß die Erdstöße sich wiederholt haben. Eine große Zahl von Häusern seien eingestürzt; die Panik unter der Bevölkerung sei enorm. — Eine ergreifende Schilderung von dem Bilde, das die Stadt Kingston jetzt bietet, wird aus Holland-Bay dem „Evening Standard“ telegraphiert: Die Erdbewegungen, die am Montag nachmittag die Stadt Kingston verwüsteten, bestanden aus drei in drei Minuten aufeinander folgenden Stößen. Der erste Stoß war der stärkste und richtete den größten Schaden an. Die gesamte Stadt schien zusammenzusinken, die Gebäude schlugen aneinander und fielen über den Haufen wie zerdrückte Eierschalen. Die Geschäftsstraßen waren voller Touristen, von denen viele erschlagen wurden. Die Stöße zerstörten die elektrischen Kraft- und Lichtstationen sowie die Gasanlagen. Sofort brach Feuer aus; das Myrtle-Bank-Hotel stürzte ein, und viele Fremde, die dort wohnten, wurden getötet. Die am Rettungswerk Beteiligten zeigten den größten Wagemut. Die Negerbevölkerung rannte wie wahnsinnig schreiend und betend umher. An allen Straßenecken hielten

sie religiöse Versammlungen ab, in denen verzweifelte Gebete und Predigten abgehalten wurden. Die gesamte Stadt muß neu gebaut werden. Der Schaden wird jetzt auf 50 Millionen Rubel geschätzt. Große Erdrisse gähnen in den Straßen, Eisenbahnschienen und Wasserrohre sind verbogen und geschädigt. In der Nacht ist keinerlei Beleuchtung vorhanden. Nach einem in New-York aus Port au Prince auf Haiti eingetroffenen Telegramm versanken die Ufer und der Hafen von Kingston. Man fürchtet, die Stadt werde ins Meer gleiten. Das Wasser ist an vielen Stellen in die Stadt gedrungen. Jede vom Feuer nicht zerstörte Werft soll in den Hafen versunken oder wertlos geworden sein. Eine Depesche der „Associated Press“ aus Kingston gibt von dem Unglück, das die Stadt betroffen hat, folgende Schilderung: Das Erdbeben begann plötzlich. Die Erdstöße dauerten 36 Sekunden. Die Stadt schwankte wie ein Schiff auf bewegtem Meer. Die Gebäude stürzten ein, und Staubwolken hüllten die Stadt in Halbdunkel. Die Einwohner flüchteten schreiend, teils mit blutenden Wunden bedeckt, aus den Häusern. Als sich die Staubwolken verzogen, flogen schwarze Rauchwolken auf, dann schossen Feuerargen hoch, und in einer halben Stunde brannte das ganze Geschäftsviertel. 400 Leichen sind bereits geborgen, aber noch eine weit größere Anzahl Menschen ist zu Asche verbrannt. Tausende von Heimatlosen und Hunderte von Verwundeten boten einen erschütternden Anblick dar. Das Erdbeben wurde in ganz Jamaika verspürt, hat aber nur in einem Umkreis von 12 Meilen Schaden angerichtet. — Eine andere Drahtmeldung aus Jamaika besagt: Ein Teil von Port Royal befindet sich unter Wasser. Die Batterien verschwanden in acht Fuß tiefem Wasser und zogen einen Soldaten mit in den Strudel. Das Wasser sprudelt unaufhaltjam an verschiedenen Stellen durch die Trümmer. Die Anuta-Bai ist durch eine Flutwelle überschwemmt. Die Chinesen in Kingston halten bereits wieder mehrere Läden geöffnet und haben die Preise auf das Zehnfache erhöht. Dies hat die Bevölkerung so erbittert, daß die Chinesen flüchten mußten, worauf die Läden geplündert wurden. Es verlautet, daß ein längst für erloschen gehaltener Vulkan im Innern der Insel wieder Feuer speie. — Die Forträumungsarbeiten in Kingston ergeben, wie wir der „Pet. Zeit.“ entnehmen, daß der Tod bei dem plötzlichen Zusammenbruch ganze Familien traf. Viele, die bei dem ersten Stoß die Fenster aufrissen, um zu sehen, was los sei, wurden durch den Zusammensturz des Gebäudes in diesen eingeklemmt gefunden. In einer von einigen hundert Kindern besuchten Schule wurden neunzig Schüler erschlagen. Als der erste Stoß erfolgte, eilten viele der Einwohner, um sich auf die See zu retten, zu den Piers, die bald zu brennen anfangen und die schwierige Rettung dieser siebenhundert Flüchtlinge nötig machten. Die Furcht vor der Insel und der Wunsch fortzukommen ist so groß, daß auf den nach auswärt's bestimmten Schiffen eine Anzahl blinder Passagiere entdeckt wurde. — Nach einer Meldung des Korrespondenten der „Associated Press“ aus Kingston ist der deutsche Postdampfer „Prinz Citel Friedrich“ der Hamburg-Amerika-Linie, mit dem eine große Anzahl von Amerikanern die Insel hatte verlassen wollen, in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar in der Nähe des Wracks der „Prinzessin Viktoria Luise“ ebenfalls auf Grund geraten. (Vgl. hierzu „Aus aller Welt“ in Nr 30 der „Kauf. P.“). Einer letzten Nachricht zufolge soll die Zahl der Toten 700 übersteigen.



Ein Ausbruch des Kraters Mauna Loa. (13 tausend Fuß hoch) auf der Insel Hawaii (bei Australien) hat die Nacht in Tag verwandelt. Das Schauspiel des brennenden Berges wird als überwältigend großartig geschildert. Man sieht die Flammen Hunderte von Meilen weit. Sie steigen, mit glühender Lava zusammen, aus zahlreichen Rissen auf. Das Ganze sieht wie ein riesiger, feuriger Springbrunnen aus. Ströme von Lava ergießen sich nach der Küste. Nach dem ersten Ausbruche brach der Gipfel des Berges teilweise zusammen. Man zählte 30 Erdstöße, aber Menschenleben gingen nicht verloren. Der Verlust an Eigentum ist dagegen groß.

Aus Manila (auf Luzon aus der Inselgruppe der Philippinen bei Ostasien) wird unter dem 3. Januar gemeldet, daß am 15. Dezember auf den Inseln Leyte und Samar ein Taifun gewütet habe. Auf der erstgenannten Insel sind gegen 100 Menschen ums Leben gekommen. Auf dem Ostufer Samars sind die Kasernen zerstört worden.

Totale Sonnensfinsternis. Am 1. Januar fand in Samarkand (Transkaspien) eine totale Sonnensfinsternis statt. Nach 9 Uhr morgens begann es zu dunkeln, die Dämmerung wurde immer dichter, bis es um 9 Uhr 53 Min. so dunkel wurde, daß es schwer wurde, die Gegenstände zu unterscheiden. Diese Dunkelheit dauerte 2 Minuten, dann begann es rasch wieder hell zu werden. Die ganze Zeit über fiel Schnee.

Die Pest in Indien. Laut Mitteilungen der Allerhöchst ernannten Kommission zur Ergreifung von Präventivmaßnahmen im Kampfe gegen die Pest, sind in Indien in der Zeit vom 7. Oktober bis zum 8. Dezember 63,603 Personen an der Pest erkrankt, 47,868 Personen sind gestorben.

Die Hungersnot in China, übertrifft an Umfang und Schrecken noch die vor 30 Jahren erlittene. Einem jetzt nach Europa gelangten Bericht aus den letzten Novembertagen ist zu entnehmen: Die ersten Flüchtlinge aus der Gegend der furchtbaren Hungersnot im nördlichen Teile der Provinz Kiangsu sowie Teilen der angrenzenden Provinzen Schantung und Honan sind jetzt in Wufung bei Schanghai angekommen. Sie machen einen äußerst mitleiderregenden Eindruck. Außer einigen Lumpen um die Hüften haben sie keine Kleidungsstücke mehr. Die Weiber tragen die nackten Kinder an der Brust. Ausländer, die die Aermsten gesehen haben, sagen aus, ihnen allen stände der schreckliche stiere Wolfsblick von verhungerten Menschen in den Augen, den man niemals wieder vergißt, wenn man ihn einmal erblickt hat. Die Flüchtlinge erklärten, sie wären die ganze lange Strecke vom Norden der Provinz Honan bis an den Yangtsekiang zu Fuß gewandert, und es würden ihnen noch viele andere folgen, die ebenso wie sie die von den Behörden gezogene Truppenkette durchbrochen hätten. Das Volk in Wufung schien wenig Mitleid mit den Flüchtlingen zu haben: als einige von diesen ein paar gebrannte Reiskörner, die auf einer Matte in der Sonne trockneten, zu nehmen wagten, vertrieb man sie sofort. Nicht sehr zu beneiden sind die Bezirksmandarinen von Wufung, weil sie nicht recht wissen, was sie mit den Leuten machen sollen. Am liebsten würden sie sie in ihre Heimat zurückbefördern, aber die kaum dem grauenhaften Elend entflohenen Menschen sträuben sich begreiflicherweise aufs äußerste dagegen, dahin zurückzukehren. Es scheint wohl nicht mehr geleugnet werden zu können, daß diese Hungersnot eine der schlimmsten ist, die China seit langer Zeit betroffen hat. In einer Be-

ziehung ist der Ausblick sogar noch düsterer als vor dreißig Jahren, weil jetzt eine viel dichter bevölkerte Gegend in Frage kommt. Von den Ausländern in Schanghai, die immer hilfsbereit sind, werden nach Kräften Sammlungen veranstaltet.

Die Gr-Königin Marie von Hannover ist am 27. Dezember v. J. in Gmunden (am Traunsee im Salzkammergut, Oesterreich) im Alter von 87 Jahren **aus dem Leben geschieden.** Man wußte kaum, daß sie noch lebte, wenn nicht die letzten Tage, von ihrer Erkrankung Nachricht gebracht hätten. Sie entstammt dem Hause Sachsen-Altenburg. Sie war fast 25 Jahre alt, als sie am 18. Febr. 1843 den Kronprinzen Georg von Hannover heiratete, der infolge eines Unglücksfalles schon zehn Jahre vorher gänzlich erblindet war. Wenn der König auch nach außen hin das Fehlen seines Augenlichtes sorgsamst verheimlichte und sich auf Paraden, in Galerien und Theatern stets den Anschein gab, als ob er wirklich sähe, so muß die Königin im Kreise ihrer Familie doppelt darunter gelitten haben. Dazu kam schweres politisches Unglück. Der König bewahrte zu seinem eigenen Schaden seine preußenfeindliche Gesinnung und schlug sich in den preußisch-österreichischen Differenzen auf die österreichische Seite. Er ließ sich auch durch ein preußisches Ultimatum nicht abschrecken, Preußen gegenüber eine schroff ablehnende Haltung zu bewahren. Am 16. Juni 1866 überschritten die Preußen die hannoverschen Grenzen. Am 29. Juni, zwei Tage nach dem für die Hannoveraner an sich erfolgreichen Gefecht von Langensalza, mußte sich König Georg ergeben. Er zog sich mit seiner Familie nach Göttingen bei Wien zurück, von wo er gegen die Einverleibung Hannovers in den preußischen Staat protestierte. 1871 siedelte der König nach Gmunden über, wo die Königin Marie bis zu ihrem Tode ausharrte, während der König 1876 mit seiner ältesten Tochter Friederike nach Paris ging, um sich dort ärztlich behandeln zu lassen. Am 12. Juni 1878 starb der König in Paris, noch nicht 60 Jahre alt. Königin Marie aber blieb im Hause ihres Sohnes, des ehemaligen Kronprinzen von Hannover, der mit dem Titel eines Herzogs von Cumberland, den Traditionen seines Vaters treu, mit Preußen und seinem Herrscherhause weiter grollte.

Dreißig Stunden unter brennenden Trümmern begraben. New York, Der Held des Tages ist zurzeit der Feuerwehrmann Jack Seufert. In Ausübung seines Berufes sollte er am Sonntag bei dem großen Brande eines Warenhauses als Opfer seiner Pflicht gestorben sein. Der amtliche Bericht hatte seinen Tod schon gemeldet. Aber am Dienstag wurde er lebend aus den Trümmern gezogen. Ueber dreißig Stunden hatte er in einer brennenden Gruft ausgeharrt, bis es seinen Kameraden gelang, ihn zu retten. Mit zwei Kameraden arbeitete er im vierten Stock des brennenden Gebäudes. Plötzlich begann der Boden zu wanken, und ehe die drei sich retten konnten, stürzte das Stockwerk mit donnerähnlichem Krachen in sich zusammen und riß die Feuerwehrleute mit hinab in die Tiefe. Als Seufert wieder zu sich kam, lag er zwischen riesigen Papierballen begraben in einem kleinen dunklen Raume. Ueber sich, durch einen kleinen Spalt zwischen den Ballen sah er den gelben Widerschein züngelnder Flammen, hörte das Knistern des gierig leckenden Elementes, das Knarren und Brechen der vom Feuer unklammerten Holzteile. Er konnte sich kaum rühren in seinem engen Grabe, hilflos mußte er liegen und warten, bis die Flammen zu ihm vordringen und sein Schicksal besiegeln würden. Ein

mal kam ein Strahl Wasser durch die Flammenmassen, sank zischend auf die Warenburg und rieselte durch Spalten und Ritze hinunter auf den Lebendigbegrabenen. Mit lauter Stimme begann er um Hilfe zu schreien; aber kein Zeichen antwortete den verzweifelten Rufen. Schließlich begann er mit aller Wucht gegen den Balken zu schlagen, der seine Füße gefangen hielt. Diese Schläge retteten ihm das Leben. Als das Feuer Montag Abend gegen 7 Uhr niedergedämpft war, vernahmen die mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigten Feuerwehrleute das unterirdische Klopfen. Mit aller Kraft arbeiteten nun mehr als 50 Mann an der Abtragung der Trümmermassen; um Mitternacht konnte man sich mit den Verschütteten verständigen. Durch einen Schlauch wurden ihm Brauntwein und flüssige Nahrung zugeführt. Ein vorübergehender katholischer Priester, der von der Sache hörte, kam auf die Trümmerstätte; er fürchtete, daß Seufert vor der Rettung sterben könnte, und beilte sich, ihm durch den Schlauch die Absolution zu erteilen. Seufert hatte inzwischen neuen Mut gefaßt, und rief herauf, daß er nicht daran zweifle, gerettet zu werden. Als man ihn schließlich herauszog, war er zwar völlig durchnäßt, aber ohne schwere Verletzungen. Er war sehr erstaunt, zu hören, daß es fast zwei Tage waren, die er begraben gewesen. Die beiden Kameraden, die mit ihm gestürzt waren, hatten sofort den Feuertod erlitten.

Kirchliche Nachrichten: Tiflis.

Aufgeboten zum 1. Mal: der Stabskapitän Arsenij Mikoberidse (orth.) und Katharina Prufs-Schukowsky. Wladimir Orlovsky und Charlotte Mayer.

Gestorben: Christian Johannes Mader im 59ten Lebensjahre.

Lustige Gefe.

Schwer möglich. Feldwebel (erhitzt): „In der ganzen Kompagnie liegt nichts drin und das muß raus!“

Ein freundlicher Nachbar. „Guten Morgen, gnädiges Fräulein. Ich komme, um Ihr Piano zu stimmen.“ — „Aber ich habe ja nach gar keinem Klavierstimmer gesandt.“ — „Nein, aber der Herr nebenan.“

Aus Kalan. Vermittler: „Warum heiraten Sie das Mädchen nicht? Sie ist eine Perle!“ — Kunde: „O, ja; aber ich möchte die Perlomutter nicht mit in den Kauf nehmen.“

Durch die Blume. „Denk Dir mal, Frauchen, was ich gefunden habe. Du weißt doch, daß ich vor einem halben Jahr meine Uhr verloren habe. So eben ziehe ich meine helle Weste an, die ich schon so lange nicht getragen habe, und was finde ich in der Tasche?“ — „Deine Uhr. Das ist ja prächtig.“ — „Nein, aber das Loch, durch welches sie mir flöten ging.“

Lange Feier. A.: „Wie, schon wieder in der Kneipe?“ — B.: „Feiere meinen Geburtstag!“ — A.: „Ich denke, der war gestern?“ — B.: „Na ja, seit gestern!“

Briefkasten der Redaktion.

Herrn Ernst Himmelan in Elisabeththal. Sie ersuchen uns um Veröffentlichung der Vorschläge, welche auf ihre Anregung zur Gründung einer transkaukasischen Zentralschule von den übrigen Kolonien gemacht worden. Gern hätten wir solches getan, auch wenn Sie uns nicht dazu aufgefordert haben würden, aber leider scheint man sich in den Kolonien für diese Frage ganz und gar nicht zu interessieren. Tatsache ist, daß der Redaktion auch nicht eine einzige Zeile zugegangen ist, welche das besagte Thema auch nur vorübergehend gestreift hätte. Seit dem 29. Oktober v. J. (s. Nr. 20 der „Kauf. Post“) sind aber gottlob! schon mehr als 2 1/2 Monate in's Land gegangen. Wohl gibt es in jeder Kolonie Lehrer und in den meisten, den größeren in Transkaukasien wenigstens, je einen Pastor, aber es scheint fast, als seien die Herren wirklich mit Berufsarbeiten überhäuft. Oder sollte hier ein anderer Grund vorliegen. Wir sind mit Ihnen durchaus derselben Ansicht, daß die Gründung einer Mittelschule oder wenigstens einer Zentralschule mit deutscher Unterrichtsprache eine der ersten kulturellen Aufgaben ist, welche die Kolonien gemeinschaftlich lediglich im eigenen Interesse zu lösen haben. Unsere Anschauungen und Erwägungen finden Sie übrigens in dieser Nummer, im Leitartikel, ausführlicher wiedergegeben. — Ihre Bitte betreffs Nachweis auf die Akzise bezüglichlicher Gesetze hoffen wir bereits in der nächsten Nummer erfüllen zu können.

Verantwortlicher Redakteur

und Herausgeber: Kurt von Kutzschenbach.

WARNUNG!

Infolge der in letzter Zeit aufgetauchten Nachahmungen unserer Annoncen und Prospekte, ersuchen wir die H. H. Interessenten auf unsere Firma

Erste Russische Hausarbeiter-Strickmaschinen-Gesellschaft,

Moskau, Садовая-Каретная, д. Лыжника zu achten.

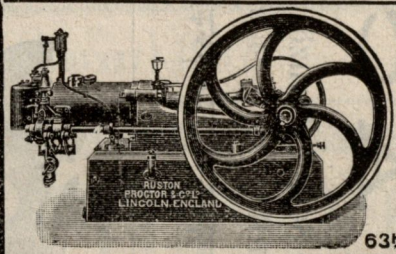
Filialen unserer Firma existieren in St. Petersburg (Коломенская 32) und Charlow (Благовещенская 16).

Der Gesellschaft wurden in den letzten zwei Monaten folgende Preise zuerkannt: auf der Ausstellung in Kofow a. D. die goldene Medaille und in Brüssel Grand-Prix mit der goldenen Medaille und dem Ehrenkreuz.

232216

7—6

STUCKEN & K^o



Baku

Grosses Lager von

Petroleum-Motoren „RUSTON“,
Dampfmaschinen & Dampfkesseln,
Bewässerrungspumpen,
Baumwoll-Reinigungs Maschinen,
Ölpresen,
Mühlen und
Reis-Reinigungs-Maschinen „Engelberg“.

52—2

Neu eröffnet das Damenhutmagažin von

M-me MARIE

10—4

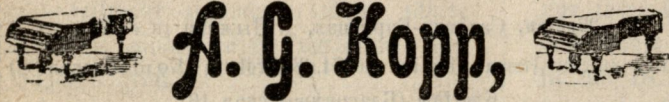
Aus Paris zurückgekehrt, halte beständig Damenhüte in grosser Auswahl. Auswärtige Bestellungen werden rasch per Nachnahme ausgeführt. Halte deutsche Directrice aus Berlin.

Golowinski Prospekt, Haus Mirsojew, gegenüber dem Kaiserlichen Theater.

Möbliertes Zimmer

für ält. Herrn zu vermieten. Näher. tägl. bis 9 Uhr morg. bei A. Kirchofer, Weltkofinjafesfaja, 83.

Die Musik-Instrumenten-Handlung



A. G. Kopp,

Michael-Prospekt Nr. 112, gegenüber dem Hotel Wetzel, empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von Pianinos, Gitarren, Violinen, Mandolinen, Zitern, Akkordions, Akkordzittern, Balalajkas, Zichharmonikas, Mundharmonikas, Blasakkordions, und von vorzüglich haltbaren rein klingenden Darm- und überspannenen Saiten jeder Art zu mäßigen Preisen. 15-11

In der Kunst- und Handelsgärtnerei von L. METZLER vorm. J. Mayer

Gärtnerei—Michaelstraße, 73, Blumenladen—Michaelstraße, 55.
sind zu jeder Jahreszeit

Blumen und Topfpflanzen, sowie sämtliche Blumenarbeiten: Bouquets, Kränze, Jardinieren, Blumenkörbe, Guirlanden, Pflanzendekorationen zu haben.

Mässige Preise, geschmackvolle Ausführung und reelle Bedienung. 10-5

1 Rbl. 50 Kop. und mehr pro Tag Verdienst.

Mitarbeiter gesucht

zum Stricken auf unserer Schnellstrickmaschine. Entfernung tut nichts zur Sache, und wir verkaufen die Arbeit. Verlangt gratis Prospekte.

Erste Russische Hausarbeiter-Strickmaschinen-Gesellschaft, Moskau, Каретн. Садовая д. Лыжина. St. Petersburg, Коломенская 32. 0-6 Charkow. Благовъщенская 16-141. 232215

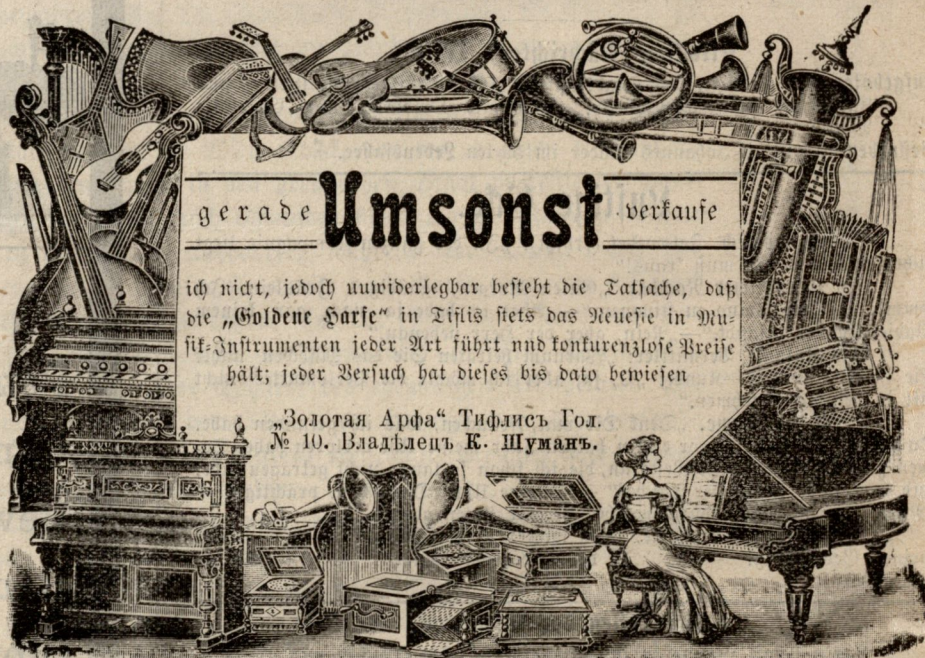
D. S. Saradschew

Tiflis.

Kaukasischer

COGNAC

naturein, übertrifft viele Sorten französischer Herkunft. 10-2

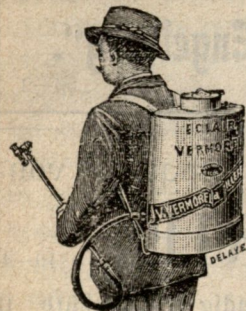


gerade **Umsonst** verkaufe

ich nicht, jedoch unwiderlegbar besteht die Tatsache, daß die „Goldene Harfe“ in Tiflis stets das Neueste in Musik-Instrumenten jeder Art führt und konkurrenzlose Preise hält; jeder Versuch hat dieses bis dato bewiesen

„Золотая Арфа“ Тифлисъ Гол. № 10. Владылецъ К. Шуманъ.

10-



Commissionär des Domaine - Ministeriums

M. E. PRIDONOFF

offerirt zur bevorstehenden Weinrebenkur: höchster Qualität

Kupfervitriol bester englischen Marken, sublimierte Schwefelblume eigener und anderer Marken, Pulverisatore und Schwefelbälge der bekantn Fabrik Vermorel und alle nötigen Präparate und Instrumente für Wein- und Gartenbau sowie Weinpressen, Filter, Pumpen und sonstige Instrumente für Kellereien.

Adresse: TIFLIS, Sergejewskaja Strasse № 11.

Preisliste werden prompt und franco zugesandt. 12-8